

realistisch und radikal

Das Debattenheft der
Sozialistischen Linken



(Re-) Produktion der Zukunft

Soziale Kämpfe der Gegenwart

Beiträge von Bernd Riexinger, Jutta Krellmann,
Anja Mayer, Kersten Artus, Sybille Stamm, Ralf
Krämer, Sophie Dieckmann, Juliane Pfeiffer,
Alban Werner, Stephan Siemens, Daniel Göcht,
Eva Bockenheimer Interviews mit Sarah Diehl,
Bettina Gutperl und Christian Krähling

Arbeit der Zukunft



(Re-)Produktion der Zukunft

04 In welcher Gesellschaft leben wir?

Sophie Dieckmann

07 Arbeit Juliane Pfeiffer

08 Reproduktion & Geschlechterverhältnisse

Ralf Krämer

10 Social Freezing - Interview

Sarah Diehl

12 Die Zukunft beginnt immer zu spät

Alban Werner



Arbeit der Zukunft

16 Für eine emanzipatorische Klassenpolitik

Bernd Riexinger

20 Nicht nur Arbeit, sondern das ganze Leben

Anja Mayer

22 Über notwendige Kämpfe um Zeit

Sybille Stamm

24 Thesen zur Prostitution

Kersten Artus

26 Teamprozesse und Arbeitszeit

Bockenheimer, Göcht, Siemens



Soziale Kämpfe der Gegenwart

30 Frauen*kampftag - Interview

Bettina Gutperl

32 Aufwertung Sozial- & Erziehungsberufe

Jutta Krellmann

34 Arbeitskampf bei amazon - Interview

Christian Krähling



Impressum

realistisch und radikal - das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Sophie Dieckmann, Juliane Pfeiffer, Alban Werner

Lektorat: Elke Theisinger-Hinkel (V.i.S.d.P.), Katharina Dahme

Kontakt: DIE LINKE - Sozialistische Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Fotos: S.4 Philippe Leroyer / flickr (cc-Lizenz), S.7 Elliott Brown / flickr, S.10 Nana Diehl, S.20 Homepageausriss, S.23 Joachim E. Röttgers (www.graffiti-foto.de), S.24 Grafik Hydra e.V., S.24+30 Juliane Pfeiffer, S.32 Nico Limprecht
Alle Rechte liegen bei den Fotografinnen und Fotografen.

Druck: Laserline, Berlin

Liebe Genossin, lieber Genosse,

„the times, they are a-changin‘“, heißt es bei Bob Dylan. Auch bei uns?

Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel gerade in dritter Amtszeit regiert und ihr aktuell eine vierte ziemlich sicher scheint, erweckt den Eindruck, als sei Deutschland ein Land des völligen Stillstands. Unter der von Merkel narkotisierten Oberfläche sieht es aber ganz anders aus.

Im internationalen Maßstab bestimmen Geostrategien, Prozesse der Europäischen Integration, transnationale Kapitalverflechtungen und neoliberale Handelsabkommen Gesellschaft und Politik, mit denen wir uns in der letzten Ausgabe von *realistisch und radikal* befasst haben. In dieser Ausgabe geht es um Widersprüche und Klassenkämpfe, die die Gesellschaft „von unten“ her verändern: Nicht immer gleichzeitig, nicht immer sofort sichtbar, aber auf jeden Fall wirksam. Karl Marx versuchte diese Veränderungsdynamik kapitalistischer Gesellschaften mit dem Begriffspaar von ‚Produktionsverhältnissen‘ und ‚Produktivkräften‘ theoretisch einzufangen. Dieses Heft soll auch zeigen, dass die marxistische Perspektive uns nach wie vor erlaubt, die Veränderungen um uns herum zu verstehen. Natürlich ist der Marx'sche Blick auch begrenzt – er muss ergänzt werden z.B. um die feministische Brille, durch die wir vorher wenig beleuchtete Herrschaftsverhältnisse, aber auch Befreiungspotentiale sehen können.

Im Wahlkampf-armen Jahr 2015 debattiert DIE LINKE Zukunftsfragen, Kampagnen und Strategien. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch: Die Partei muss auf der Höhe der Zeit diskutieren, wenn sie die Gesellschaft verändern will. DIE LINKE braucht z.B. bessere Antworten auf die Fragen, die sich durch die neoliberale Prekarisierung der Arbeitswelt stellen. Das betrifft zum einen die Arbeitszeit – wie sieht über 30 Jahre

nach dem Kampf um die 35-Stunden-Woche eine linke Politik für Arbeitszeitverkürzung aus? Wie kann an der Organisation der Arbeit angesetzt werden, um dem allgegenwärtigen Arbeitsstress und Burnout etwas entgegen zu setzen? Auf fast allen Ebenen stellen sich dabei Fragen der Geschlechtergerechtigkeit. Wie muss die Arbeitswelt verändert werden, um unterschiedliche Lebensentwürfe zuzulassen, anstatt Frauen wie Männer in ein enges Korsett entlang von Geschlechterrollen zu zwingen? Wie kommen wir bei der gerechten Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in die Offensive? Wie kann ein gemeinsamer politischer Kampf mit denjenigen aussehen, die oftmals durch die Maschen des Sozialstaates oder der Tarifverträge fallen, wie z.B. den SexarbeiterInnen oder den prekär Beschäftigten in der Logistikbranche? Und: Wie kann DIE LINKE das emanzipatorische Potential von moderner Technik, sozialen Medien für eine Demokratisierung der Demokratie für möglichst alle nutzbar machen? Die politische Entfremdung geht inzwischen so weit, dass sich in Bremen kaum die Hälfte der dazu Berechtigten an der Bürgerschaftswahl beteiligten. Haben nicht Linke den Auftrag, die sozial Benachteiligten aus der politischen Wirkungslosigkeit zu holen, wenn die Mainstream-Medien und die anderen Parteien es mit Sicherheit nicht tun?

Wir hoffen, mit diesem Heft einige wichtige Fragen aufgegriffen zu haben, die viele Mitglieder und SympathisantInnen der LINKEN umtreiben. Eine Partei ist auch dazu da, breite und solidarische Debatten zu ermöglichen – gemeinsam finden wir bessere Antworten!

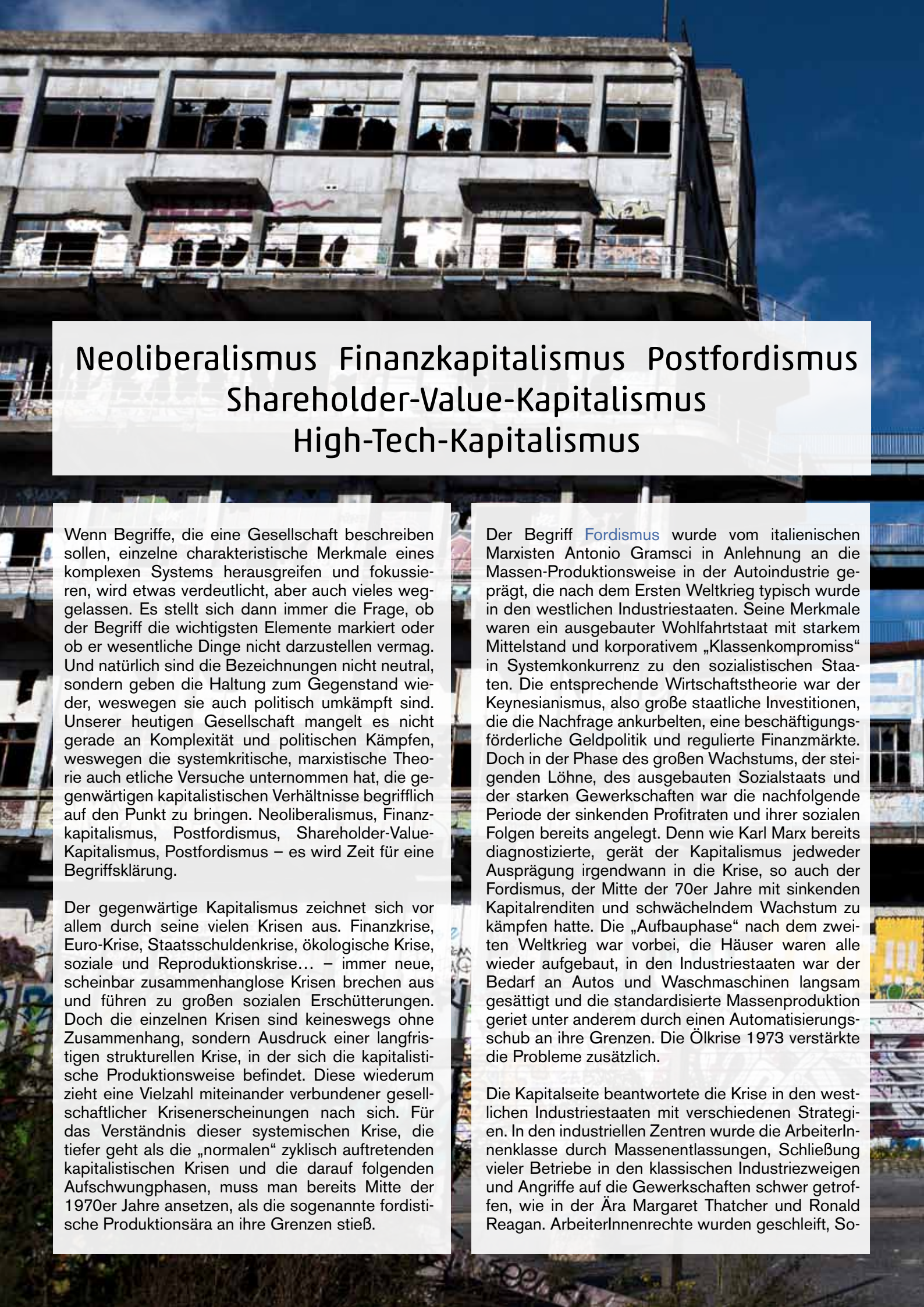
Sophie Dieckmann, Juliane Pfeiffer, Alban Werner

PS: Die Texte in diesem Heft geben die persönlichen Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder.

Noch mehr Lesestoff gefällig?

Jüngst erschien unser Debattenheft „Die Welt steht auf dem Kopf“. Dieses und frühere Hefte können online gelesen oder - so noch vorhanden - kostenlos per E-Mail (info@sozialistische-linke.de) bestellt werden.





Neoliberalismus Finanzkapitalismus Postfordismus Shareholder-Value-Kapitalismus High-Tech-Kapitalismus

Wenn Begriffe, die eine Gesellschaft beschreiben sollen, einzelne charakteristische Merkmale eines komplexen Systems herausgreifen und fokussieren, wird etwas verdeutlicht, aber auch vieles weggelassen. Es stellt sich dann immer die Frage, ob der Begriff die wichtigsten Elemente markiert oder ob er wesentliche Dinge nicht darzustellen vermag. Und natürlich sind die Bezeichnungen nicht neutral, sondern geben die Haltung zum Gegenstand wieder, weswegen sie auch politisch umkämpft sind. Unserer heutigen Gesellschaft mangelt es nicht gerade an Komplexität und politischen Kämpfen, weswegen die systemkritische, marxistische Theorie auch etliche Versuche unternommen hat, die gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse begrifflich auf den Punkt zu bringen. Neoliberalismus, Finanzkapitalismus, Postfordismus, Shareholder-Value-Kapitalismus, Postfordismus – es wird Zeit für eine Begriffsklärung.

Der gegenwärtige Kapitalismus zeichnet sich vor allem durch seine vielen Krisen aus. Finanzkrise, Euro-Krise, Staatsschuldenkrise, ökologische Krise, soziale und Reproduktionskrise... – immer neue, scheinbar zusammenhanglose Krisen brechen aus und führen zu großen sozialen Erschütterungen. Doch die einzelnen Krisen sind keineswegs ohne Zusammenhang, sondern Ausdruck einer langfristigen strukturellen Krise, in der sich die kapitalistische Produktionsweise befindet. Diese wiederum zieht eine Vielzahl miteinander verbundener gesellschaftlicher Krisenerscheinungen nach sich. Für das Verständnis dieser systemischen Krise, die tiefer geht als die „normalen“ zyklisch auftretenden kapitalistischen Krisen und die darauf folgenden Aufschwungphasen, muss man bereits Mitte der 1970er Jahre ansetzen, als die sogenannte fordistische Produktionsära an ihre Grenzen stieß.

Der Begriff **Fordismus** wurde vom italienischen Marxisten Antonio Gramsci in Anlehnung an die Massen-Produktionsweise in der Autoindustrie geprägt, die nach dem Ersten Weltkrieg typisch wurde in den westlichen Industriestaaten. Seine Merkmale waren ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat mit starkem Mittelstand und korporativem „Klassenkompromiss“ in Systemkonkurrenz zu den sozialistischen Staaten. Die entsprechende Wirtschaftstheorie war der Keynesianismus, also große staatliche Investitionen, die die Nachfrage ankurbelten, eine beschäftigungsförderliche Geldpolitik und regulierte Finanzmärkte. Doch in der Phase des großen Wachstums, der steigenden Löhne, des ausgebauten Sozialstaats und der starken Gewerkschaften war die nachfolgende Periode der sinkenden Profitraten und ihrer sozialen Folgen bereits angelegt. Denn wie Karl Marx bereits diagnostizierte, gerät der Kapitalismus jedweder Ausprägung irgendwann in die Krise, so auch der Fordismus, der Mitte der 70er Jahre mit sinkenden Kapitalrenditen und schwächelndem Wachstum zu kämpfen hatte. Die „Aufbauphase“ nach dem zweiten Weltkrieg war vorbei, die Häuser waren alle wieder aufgebaut, in den Industriestaaten war der Bedarf an Autos und Waschmaschinen langsam gesättigt und die standardisierte Massenproduktion geriet unter anderem durch einen Automatisierungsschub an ihre Grenzen. Die Ölkrise 1973 verstärkte die Probleme zusätzlich.

Die Kapitaleseite beantwortete die Krise in den westlichen Industriestaaten mit verschiedenen Strategien. In den industriellen Zentren wurde die ArbeiterInnenklasse durch Massenentlassungen, Schließung vieler Betriebe in den klassischen Industriezweigen und Angriffe auf die Gewerkschaften schwer getroffen, wie in der Ära Margaret Thatcher und Ronald Reagan. ArbeiterInnenrechte wurden geschleift, So-

In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?

zialleistungen abgebaut und zum Generalangriff auf die Löhne geblasen, wie in der Ära Tony Blair und Gerhard Schröder mit dessen Agenda 2010. Durch Privatisierung vorher öffentlicher Aufgaben, etwa „Landnahme“ bei Krankenversorgung, Rente und Bildung, wurden neue Anlagemöglichkeiten für das Kapital erschlossen. Nicht zuletzt wurden die Finanzmärkte dereguliert. Angefangen mit der Abkehr vom Bretton-Woods-System fester Wechselkurse und kontrolliertem Kapitalverkehr wurde der Handel mit Finanzanlagen nach und nach erleichtert.

Diese Offensiven der Kapitaleseite hatten weitreichende Konsequenzen für das Verhältnis zwischen industriellem Kapital (also dem in der Warenproduktion angelegten Kapital) und Finanzkapital (zinstragendes und fiktives Kapital, das den Rechtsanspruch auf Anteile am zukünftig noch zu produzierenden Wertprodukt in Form von Zinsen oder Dividenden verkörpert) zur Folge.

Zum einen hat sich das Verhältnis zwischen „Real“wirtschaft und Finanzwirtschaft zugunsten letzterer verschoben. Das dahinter liegende Problem wird aber nur aufgeschoben, nämlich die Überproduktion und die Überakkumulation, die zwei Seiten desselben Problems sind. Wenn der Güterbedarf in den kapitalistischen Produktionszentren zunehmend gedeckt ist und stagnierende Löhne für eine Binnenmarktschwäche sorgen, ist das Kapital auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten, was durch die Senkung der Steuern für Reiche und Konzerne in den letzten Jahrzehnten noch verstärkt wurde. Da es die in der Produktion nicht findet, flieht es in die Kreisläufe des Finanzkapitals. Es entstehen immer neue, irrwitzige Spekulationsblasen, die so lange anwachsen, bis sie mit großem Getöse platzen und die gesamte Weltwirtschaft mit in die Krise reißen. Die Dotcom-Krise Anfang des Jahrtausends und die Immobilienkrise 2007 sind nur zwei Beispiele. Mittlerweile bestimmt die Akkumulation des Finanzkapitals so stark die Entwicklung der gesamten Ökonomie, dass man von einem **Finanz(markt)kapitalismus** sprechen kann.

Auf der anderen Seite wird auch die Warenproduktion selbst immer stärker auf die Interessen der Kapitaleseite zugeschnitten. Aktionäre treten in ein unper-

sönliches Eigentumsverhältnis zu den Unternehmen. Institutionelle Anleger (Investment-Fonds, Banken, Hedgefonds) treiben das noch auf die Spitze, indem sie das Vermögen vieler Anleger zusammenfassen und Anteile an einer Vielzahl von Unternehmen halten. Das erhöht den Druck auf die Unternehmen, extreme Renditen zu erzielen – nur hohe Renditen reichen nicht mehr aus. Die Konkurrenz wird enorm verschärft, nicht nur zwischen den verschiedenen Unternehmen eines Produktionszweiges, sondern auch zwischen den verschiedenen Betrieben desselben Unternehmens, ja sogar zwischen einzelnen Abteilungen. Unternehmen oder Teile von Unternehmen selbst werden zur Ware, die gehandelt wird. Die Finanzfonds bringen die abstrakten Bewegungsgesetze des Kapitals noch ungehemmter zur Geltung als je zuvor – was, wo, wie produziert wird spielt für den einzelnen Anleger keinerlei Rolle mehr, in der Regel weiß er nicht einmal mehr, an welchen Firmen er zu welchem Zeitpunkt überhaupt beteiligt ist. Der Begriff **Shareholder-Value-Kapitalismus** betont diesen Aspekt.

Gleichzeitig hat ein ungeheurer Automatisierungs- und Digitalisierungsschub stattgefunden, der für die Internationalisierung der Arbeitsteilung und die Arbeitsproduktivität große Fortschritte gebracht hat. In beinahe allen Bereichen wird mittlerweile mit Computertechnik gearbeitet – vom Einzelhandel mit seinen Internetgiganten ohne Filialen in der „wirklichen Welt“ bis zur Bioindustrie, wo Gen-Bausteine zu völlig neuartigen Organismen rekombiniert werden. In diesem **High-Tech-Kapitalismus** entstand eine neue Schicht von mehr oder weniger selbständig arbeitenden hochqualifizierten, international vernetzten Beschäftigten mit unternehmerisch-planerischen Aufgaben, die aber trotzdem noch Lohnarbeiter bleiben und sich teils hoch bezahlt, teils extrem prekär selbst ausbeuten. Als „digitale Bohème“ oder „Ich-AG“ verklärt, werden sie für eine Ideologie der ständigen Verfügbarkeit, „Flexibilität“ und Entgrenzung herangezogen, die das völlige Fehlen von Planungssicherheit und Entspannung auch noch erstrebenswert erscheinen lassen soll.

Gemeint ist die Ideologie des **Neoliberalismus** und seine wirtschaftspolitische Variante, die **Austeritätspolitik**. Die keynesianische, nachfrageorientierte

staatliche Wirtschaftspolitik wird dabei ersetzt durch den „schlanken“ Sozialstaat, während Militär und Überwachung ausgebaut werden. Gleichzeitig wird durch Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Kürzung bei der Grundsicherung der Druck auf die Löhne erhöht. Der Staat wird immer stärker in einen aggressiven Wettbewerbsstaat gegenüber anderen Nationen umgebaut, in dem Sozialausgaben gekürzt und Kapitalinteressen ungehemmt verwirklicht werden. All das wird mit einer neoliberalen Ideologie der grundsätzlichen Überlegenheit von Markt und Wettbewerb begründet, in der öffentliche Sozialausgaben bloß als Störfaktoren für einen ausgeglichenen Haushalt vorkommen. Die Einnahmeseite hingegen wird niemals thematisiert. Die einfache Rechnung, dass wo Schulden sind, auch irgendwo ein Gläubiger sein muss, wird sorgsam verschwiegen.

Dem gegenüber steht die massenhafte Prekarisierung ganzer Bevölkerungsschichten. Der frühere Grundsatz, dass auf eine solide Ausbildung auch ein sicherer Arbeitsplatz, nicht selten das ganze Leben lang in einer Firma, folgt, gilt schon lange nicht mehr. Befristete Stellen, Leiharbeit, Minijobs, auf der einen Seite, unbezahlte Überstunden, Überlastung und Dauerstress auf der anderen kennzeichnen die Generation Post-Agenda-2010. Die Konkurrenz – um Löhne, Arbeit, Wohnraum, die richtige Krankenkasse, die günstigste Versicherung – beherrscht alle gesellschaftlichen Bereiche. Der Mittelstand wird langsam eingeschmolzen. Die gesellschaftlichen, politisch gewollt und gemachten Probleme werden auf die unsichtbare Hand des Marktes geschoben und das Scheitern individualisiert. Solidarität und Organisation von Interessen, z.B. in Form von Parteien, wird als anachronistischer Plunder verbrämt, der beim individuellen Aufstieg hindere.

Wenn man so will, wurde der fordistische Klassenkompromiss, der niemals ein Vertrag zwischen zwei gleich starken Partnern, sondern stets von der Kapitalseite dominiert war, von oben aufgelöst. Auf Zuckerbrot folgte die Peitsche. All das ist auch Ausdruck der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung, die erst in den 1980ern angefangen von den verlorenen großen britischen Bergarbeiterstreiks, den folgenden Massenentlassungen und Sozialkürzungen und spätestens nach dem Systemzusammenbruch 1990 so desorientiert und desillusioniert zurückblieb, dass sie leichte Beute war. Doch dies muss nicht so bleiben. Mit den Streiks bei Post, Bahn, Amazon und dem Sozial- und Erziehungsdienst ist 2015 schon jetzt das streikfreudigste Jahr seit langem in Deutschland. Soziale Kämpfe in Griechenland und Spanien mit ihren gewaltigen Streiks und den neu entstehenden sozialen Parteien mit Massenbasis

deuten an, dass die Herrschenden in Zukunft von den Subalternen auch in den kapitalistischen Zentren Widerstand erwarten müssen. Denn die inneren Widersprüche des Systems spitzen sich zu. Noch ist unklar, ob die EU die Eurokrise überstehen wird oder auseinanderbricht. Zu widerstrebend sind die Interessen innerhalb der Euro-Zone. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit dem Block USA/EU auf der einen und China und Russland bzw. BRICS-Staaten auf der anderen Seite nimmt zu – und damit auch die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen. Zerfallende Staaten und erodierende Sozialsysteme verschaffen fundamentalistischen und faschistischen Kräften Auftrieb. Die Umweltprobleme drohen sich zu einer Krise existentiellen Ausmaßes für die Menschheit auszuweiten. Immer deutlicher wird, dass der Kapitalismus keine Lösungen für die drängendsten sozialen und ökologischen Probleme zu bieten hat. Die Frage ist nur, ob wir eine glaubwürdige Systemalternative anbieten können, die die Mehrheit der Menschen überzeugt.

Wenn man also die gegenwärtige kapitalistische Formation beschreiben will, so heben die Begriffe Finanzmarktkapitalismus, Neoliberalismus, Shareholder-Value-Kapitalismus, High-Tech-Kapitalismus und Postfordismus jeweils etwas unterschiedliche Aspekte hervor. Postfordismus beschreibt die Produktionsweise, die sich nach dem Fordismus von der standardisierten Massenproduktion und -konsumtion entfernte und heute durch Digitalisierung und flexible Produktion in kleinen Stückzahlen mit stärkerer Spezialisierung gekennzeichnet ist. Shareholder-Value-Kapitalismus betont den hohen Renditedruck auf die Unternehmen durch immer komplexere Formen des finanzkapitalistischen Eigentums. High-Tech-Kapitalismus fokussiert die neuen wissensbasierten, computer- und internetgestützten Kommunikations- und Produktionstechnologien. Finanzmarktkapitalismus markiert die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Industrie- und Finanzkapital zugunsten des letzteren. Neoliberalismus begibt sich stärker auf die Ideologieebene und nimmt die Rolle des Staates und die individualisierte Lebensweise in den Blick. Beschrieben wird jedoch ein und dieselbe Gesellschaft aus unterschiedlichen Blickwinkeln.



Sophie Dieckmann

ist stellvertretende Stadtvorsitzende der LINKEN Leipzig und Bundessprecherin der Sozialistischen Linken.



Arbeit

Ob wir sie nun als Erfüllung oder Qual sehen, Arbeit ist zentral für unser individuelles Leben und für die Gesellschaft. Durch die Arbeit definiert sich unser Verhältnis zueinander, zur Umwelt und zum Kapital. Sie bestimmt unseren Zeit- und Lebensplan. Wer also die Gesellschaft verstehen will, muss auch Arbeit verstehen. Dabei drängt sich eine so einfache wie grundlegende Fragestellung auf: Was ist Arbeit? Doch die Antwort fällt schwerer als gedacht. Nicht grundlos wird die Debatte darüber innerhalb der politischen Linken und in der Wissenschaft so kontrovers geführt. Lange Zeit wurde z.B. in der marxistisch geprägten Arbeitssoziologie nur auf die westlich und männlich geprägte, industrielle Lohnarbeit geblickt. Mit der Frauenbewegung der 1960er und 1970er Jahre, spätestens mit der Auflösung von „Normalarbeitsverhältnissen“ seit den 1980ern und der Globalisierung war dieser enge Arbeit(er)begriff nicht mehr zu halten.

Marx weiß bekanntermaßen auf viele Fragen eine Antwort. Auch zur grundsätzlichen Bestimmung des Begriffs der Arbeit „zunächst unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form“ kommt er zur Hilfe. Marx beschreibt Arbeit als leibliche (dazu zählt auch der Kopf), bewusste und damit in ihrer vollen Form ausschließlich menschliche Tätigkeit unter der Verwendung von Arbeitsmitteln, die ziel- und zweckgerichtet und kontinuierlich willentlich kontrolliert ist und dabei Aufmerksamkeit erfordert. Der Mensch verändert durch die Arbeit aktiv die Natur, deren Teil er ist, eignet sie sich an und verändert sich auch selbst – als Individuum und als Menschheit. Es geht nicht um die Tätigkeit selbst, um den Spaß oder Genuss dabei. Der Zweck liegt außerhalb des Prozesses selbst. Der Mensch erschafft mit Arbeit Gebrauchswerte. Soweit Marx, so allgemein.

Arbeit in ihren „[...] einfachen und abstrakten Momenten [...] ist zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam.

MEW 23, S. 198

Doch hinter der abstrakten Frage „Was ist Arbeit?“ steckt mehr. Wer leistet in unserer Gesellschaft welche Form von Arbeit? Denn auch wenn das Schuften am Fließband, das Schrubben der Fußböden in der eigenen Wohnung oder das stundenlange Plakatieren im Wahlkampf gleichermaßen anstrengend sind und wir nicht aus purem Spaß an der Sache machen, unterscheiden sie sich im Kapitalismus. Ein Teil der menschlichen Arbeitskraft wird in der kapitalistischen Produktion verausgabt und entlohnt. Ein anderer Teil dient zur Reproduktion der Arbeitskraft und wird nicht entlohnt. Und nicht zu vergessen sei hier ein kleiner Teil der Gesellschaft, der gar nicht arbeiten muss, da er im Besitz der Produktionsmittel ist.

Der eigentliche Diskussionspunkt sollte hier ein setzen: Wie kann Arbeit demokratisch organisiert und gerecht verteilt werden? Die Antworten und Wege sind vielseitig. Eine Forderung ist die warenförmige Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit, um sie später einfacher sozialistisch vergesellschaften zu können. Andere wollen Reproduktionsarbeit nicht auch noch ökonomischen Verwertung unterwerfen. Einige wollen diese mit durch hohe Löhne ermöglichen, für andere sind ein Hausfrauenlohn oder ein Bedingungslose Grundeinkommen ein Weg.



Juliane Pfeiffer

arbeitet und studiert Soziologie sowie Informatik an der Technischen Berlin und ist Mitglied des BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken.

Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, Reproduktion und Geschlechterverhältnisse

Die Kräfte und Mittel, die die Menschen in ihren Produktionsprozessen einsetzen, nennt Karl Marx Produktivkräfte. Produktion ist die Herstellung von Gütern oder Dienstleistungen, die für irgend jemanden nützlich sind, nicht nur materielle Produktion im engeren Sinne. Die erste Produktivkraft ist das Arbeitsvermögen selbst, d.h. die körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Qualifikationen der Menschen. Die weiteren Elemente sind die vorgefundenen oder produzierten Produktionsmittel: Roh- und Hilfsstoffe, Werkzeuge und Maschinen, Bauten, Fahrzeuge, Kommunikationsmittel usw. Heutzutage gehören dazu ganz prominent auch Computer, Software, Datenbanken, Internet.

Die verschiedenen geschichtlichen Epochen unterscheiden sich nicht vorrangig dadurch, was sie produzieren. Grundlegende Produktionen sind sogar zu allen Zeiten gleichermaßen notwendig: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Pflege und Erziehung der Kinder usw. Es verändert sich vor allem die Art und Weise, wie die Menschen produzieren.

Die Menschen verbessern ihre Werkzeuge, sie verfeinern die Arbeitsteilung und ihre Arbeitsfähigkeiten und geben diese verbesserte Technik und Qualifikationen an folgende Generationen weiter. Sie vergrößern den Umfang ihres Zusammenwirkens und effektivieren die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. In dieser Weiterentwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der Technik, schlagen sich die wachsenden Erfahrungen und Kenntnisse der Menschheit materiell nieder.

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte verändert sich zugleich die Art und Weise, wie die Menschen zusammenarbeiten und ihre Arbeit teilen, und in welchen sozialen Formen das organisiert wird. Die sozialen Verhältnisse, die die Menschen im gesellschaftlichen Arbeitsprozess eingehen, heißen Produktionsverhältnisse.

Also: Wer übernimmt welche Arbeit, oder auch wer ist von Arbeit freigestellt? An wen und wie werden die Produkte verteilt und wer kann sie sich zunutze machen und konsumieren? Arbeiten die Menschen im eigenen Haushalt, in kleineren oder in großen Betrieben, für den Eigenbedarf oder den ihrer Gemeinschaft, oder für den Markt, selbstständig oder als lohnabhängig Beschäftigte? Wer bestimmt, was und wie produziert wird? Wel-

che Arbeits- und sozialen Rechte haben die Menschen? Aus welchen Quellen stammen und wie hoch sind die Einkommen und welche Produkte gehören zum normalen Lebensniveau verschiedener Bevölkerungsgruppen?

Die Produktionsverhältnisse werden entscheidend geprägt von den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln. Wer verfügt mit welchen Zielen über die Produktionsanlagen, Büros, Verkehrs- und Kommunikationsmittel usw. und wer eignet sich die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit an? Die unterschiedlichen Lagen verschiedener Menschengruppen in den Produktionsverhältnissen gliedern die Gesellschaft in sozialökonomische Klassen mit unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen.

Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in ihrem Zusammenhang und ihrer Wechselwirkung machen die Produktionsweise aus und prägen wesentlich die gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen insgesamt. In den sozialen und politischen Auseinandersetzungen, Diskursen und Ideologien schlagen sich die konfligierenden Klasseninteressen nieder.

Sowenig wie eine Gesellschaft aufhören kann zu konsumieren, sowenig kann sie aufhören zu arbeiten und zu produzieren. Damit der Lebens- und Produktionsprozess kontinuierlich fortgesetzt werden kann, müssen in ihm zugleich die Bedingungen der Produktion immer wieder neu hergestellt werden. Die in der Produktion vernutzten Produktionsbedingungen müssen beständig neu produziert und ersetzt werden.

Eine besondere Rolle spielt die Reproduktion der Arbeitskraft. Wenn vom Reproduktionsbereich und Reproduktionsarbeiten die Rede ist, geht es hierum. Sie erfolgt einerseits durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen, für die der Lohn verausgabt wird, oder die sozialstaatlich finanziert werden. Der Wert der Arbeitskraft ausgedrückt im Lohn entspricht der Geldsumme, die unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen benötigt wird, um die für die Reproduktion der Lohnabhängigen – einschließlich der nicht erwerbstätigen Familienangehörigen – verwendeten Waren zu kaufen und den üblichen Lebensstandard zu erreichen.

Doch zur Reproduktion der Lohnabhängigen gehören auch eine Menge Arbeiten, die im privaten Haushalt und im Gemeinwesen unbezahlt und überwiegend auch heute noch von Frauen geleistet werden. Dies gilt insbesondere, weil nicht nur die aktuelle Arbeitskraft der aktiven Lohnarbeitenden reproduziert, sondern auch für den Nachwuchs und für die nicht mehr erwerbsfähigen Alten gesorgt werden muss. Kapitalistische Produktion verbindet sich dabei mit überkommenen Lebensweisen und Organisationsformen der Haushalte, familiären Arbeitsteilungen und patriarchalen Verhältnissen. Das hat Marx nur sehr verkürzt reflektiert.

Die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen und Hierarchisierungen haben auch im Erwerbsbereich Benachteiligung und Unterdrückung der Frauen zur Folge. Frauen unterbrechen häufiger ihre Erwerbstätigkeit für Familienarbeit oder sind nur in Teilzeit beschäftigt. Traditionell von Frauen ausgeübte Berufe sind meist deutlich geringer bezahlt als gleich qualifizierte „Männerberufe“. Frauen haben dadurch im Lebensverlauf erheblich geringere durchschnittliche Einkommen und Ansprüche auf Sozialleistungen als Männer. Zu den Produktionsverhältnissen gehören daher auch die Verhältnisse im Reproduktionsbereich und die beides mit strukturierenden Geschlechterverhältnisse.

Redaktioneller Hinweis: Der Text beruht auf Abschnitten aus Ralf Krämers Buch »Kapitalismus verstehen. Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart«, das im Hamburger VSA-Verlag erschienen und unter <http://www.rosalux.de/publication/41391/kapitalismus-verstehen.html> kostenlos als PDF-Datei zum Download verfügbar ist.



Ralf Krämer

Sozialwissenschaftler, arbeitet seit 2002 als Gewerkschaftssekretär und seit langem zu Wirtschaftspolitik und Kapitalismustheorie. Er war einer der Initiatoren der WASG und ist Mitglied des BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken



Finanzkrise, Euro-Krise, Öko-Krise, Globalisierung, Automatisierung und Internet: Der moderne Kapitalismus verändert rasant die Bedingungen für gewerkschaftliche und politische Arbeit. Wie sind diese Entwicklungen zu beurteilen und zu erklären? Armut und soziale Spaltungen nehmen zu, viele leiden unter schlechter Arbeit und niedrigen Löhnen, während die Reichen immer reicher werden und die Konzerne mächtiger. Wie hängt das zusammen? Der Autor schlägt einen Bogen von der Marxschen Wert- und Mehrwerttheorie über grundlegende Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft bis zu den Krisenprozessen des Finanzkapitalismus. In übersichtlich gestalteten Kapiteln werden theoretische Grundlagen mit der Diskussion aktueller Daten und Entwicklungen verbunden. Ausgangspunkt ist dabei: Die Wirtschaft kann nicht begriffen werden, wenn man abstrakt Marktprozesse betrachtet. Es geht immer auch um gesellschaftliche Machtverhältnisse und Klassenkonflikte. Es gibt keine unpolitische Ökonomie.

256 Seiten | 2015 | EUR 16.80 | ISBN 978-3-89965-644-2

„Aber ausgerechnet bei Social Freezing machen alle einen Affentanz“



Als im Oktober 2014 öffentlich bekannt wurde, dass Facebook und Apple zukünftig ihren weiblichen Angestellten das Einfrieren von Eizellen, das sogenannte „Social Freezing“, bezahlen wollen, brach auch in Deutschland eine Diskussion dazu aus. Zu diesem Thema traf *realistisch und radikal* Sarah Diehl in Berlin. Sie beschäftigt sich seit über zehn Jahren mit reproduktiven Rechten im internationalen Kontext und verarbeitet dies in Romanen, Sachbüchern und Dokumentarfilmen.

Das Interview führte Juliane Pfeiffer.

Social Freezing wurde sehr kontrovers diskutiert. Wie haben Sie die Debatte wahrgenommen?

Ich habe selbst gemerkt, dass ich Positionen in der Debatte einnehme, die ich vielleicht nicht hundertprozentig so vertreten würde. Aber alle hatten auf einmal den Grundtenor, wir sind jetzt alle so große Kapitalismuskritiker und sehen Social Freezing nur unter diesen Aspekt, also auch Leute, die sich sonst überhaupt nicht um Kapitalismuskritik kümmern. Aber ich möchte eine andere Perspektive auf das Thema zeigen. Meine Frage war, wie benutzen diese Leute vermeintliche Kapitalismuskritik, um Social Freezing generell zu diskreditieren, weil es Frauen in der Welt mehr Optionen geben kann, sie aber Autonomie von Frauen generell als unbehaglich oder problematisch empfinden. Diese Perspektive wollte ich einfach dominant sichtbar machen und nicht alle die Bedenken, die es bei Social Freezing gibt, von mir weisen.

Dabei haben Sie häufig das Contra-Argument der „Natürlichkeit“ angegriffen. Was meinen Sie damit?

Dabei geht es um eine schräge Idealisierung und Romantisierung von Natur und weiblicher Gebärfähigkeit. Die Frau soll das Heilsobjekt gegen den Kapitalismus sein. Man muss einfach aufpassen bei Dingen, die scheinbar gegen den Kapitalismus stehen, denn das kann Frauen in eine gewisse Ecke drängen, weil sie die gute Natur personifizieren müssen. Dieser Naturfetisch sollte ganz dringend hinterfragt werden und auch warum Teile der Linken da mitmachen. Denn die Illusion, dass die „Natur“ immer etwas Heilendes

oder Wohltuendes ist, hat sich für Frauenleben einfach nicht bestätigt. Gerade Schwangerschaft ist von der Natur nicht gut organisiert. Frauen können dabei immer noch krank werden oder sterben, wenn sie keine medizinische Versorgung haben. Ich will auch nicht sagen, dass alles hypermedikamentiert werden soll, aber eine Romantisierung von Natur, hat Frauen noch nie gut getan, weil ihnen die Kontrolle abgesprochen wurde.

Wie kann denn Social Freezing Frauen gut tun?

Ich hatte den Eindruck, dass es bei der Debatte um Social Freezing wieder um Haupt- und Nebenwiderspruch ging. Mit der Überwindung des Kapitalismus wird sich das Patriarchat aber nicht auflösen. Ich denke schon, dass es generell eine Asymmetrie zwischen Männern und Frauen gibt, die emotional und sozial hergestellt wird. Es geht mir darum, Frauen hier und jetzt in ihrer Lebensrealität zu helfen und nicht um ideologische Idealisierung. Ich möchte Social Freezing nicht idealisieren, also dass wir damit alles aufbrechen, aber Frauen wird permanent eingeredet, dass sie in ihren dreißiger Jahren Familienplanung abgeschlossen haben müssen und weniger Freiräume haben als Männer, egal ob sie Karriere machen oder nicht. Wenn dir gesagt wird, du kannst etwas bald nicht mehr machen, denkst du, dann muss ich das schnell noch machen. Social Freezing kann Frauen dabei Gelassenheit vermitteln. Es lässt den Kinderwunsch einfach optionaler werden, gerade weil es technisiert wird und neue Wege im Hirn öffnen kann. Es hat sich bestätigt, wenn



Im November 2014 erschien Sarah Diehls Buch „Die Uhr, die nicht tickt. Kinderlos glücklich - Eine Streitschrift“ beim Arche-Verlag.

Es sollte vielmehr darum gehen, dass solche Techniken Frauen zugänglich gemacht werden müssen – auch finanziell - und dass Frauen gesamtgesellschaftlich und vor allem in der Gesellschaft in der wir jetzt leben unterstützt werden.

Frauen nicht mehr diesen krassen Zeitdruck haben, dass sie dann keine Kinder bekommen wollen weil sie mehr Zeit haben bei sich zu bleiben und denken, ich brauch das eigentlich gar nicht. Ich will nicht sagen, dass Kinder nicht etwas tolles oder positives sein können, aber Kinderkriegen ist nicht so unumgänglich, wie es dargestellt wird.

In der Kinderlosen-Debatte wird gesagt, die Opposition zur Mutter ist die Karrierefrau. Das finde ich falsch. Frauen wollen einfach generell diesen Wettbewerbsscheiß nicht mitmachen und sie wollen in der Lohnarbeit diesen Karriereirrsinn nicht mitmachen. Sie wollen generell Freiräume etablieren, in der Kinderlosigkeit genauso wie in der Lohnarbeit, und ich finde es wichtig, dieses Argument stark zu machen.

Die Debatte wurde ja am Beispiel zweier US-amerikanischer Unternehmen geführt. Kann man das eigentlich so auf Deutschland übertragen?

Es wurde in Deutschland falsch dargestellt, dass Apple und Facebook die Frauen drängen Social Freezing zu machen. Im amerikanischen Gesundheitssystem ist es so geregelt, dass Gesundheitsleistungen über den Arbeitgeber finanziert oder zugänglich gemacht werden. Social Freezing wurde mit in den Katalog von Leistungen aufgenommen, die vom Arbeitgeber finanziert werden können. Es ist nicht so, dass die Arbeitgeber das extra an die Frauen herantragen. Genauso werden auch Verhütung oder Abtreibung über

den Arbeitgeber finanziert. Da gibt es viel mehr Probleme, da es Arbeitgeber gibt, die sich aus vermeintlich christlich-moralischen Gründen dagegenstellen. Das sollte viel mehr kritisiert werden. Ich finde es total positiv, wenn alle Reproduktionstechniken in den Katalog reinkommen.

Apple und Facebook wurde vorgeworfen, nur Druck auf die Frauen aufbauen zu wollen, länger für sie zu arbeiten. Aber sie unterstützen genauso bei Adoptionen oder zahlen sogenanntes „Baby Cash“ bei der Geburt eines Kindes. Welche Motivation sehen Sie für die Arbeitgeber Social Freezing zu bezahlen?

Es macht sie für die Frauen attraktiver als Arbeitgeber und weil sie sich eher als progressiv darstellen können, in dem sie frauen- und familienfreundlichere Arbeitssituationen schaffen. Frauen- und Familienpolitik ist ein großes Thema. Social Freezing sehe ich eher in diesem Fahrwasser, dass es mehr um die Vereinbarkeit geht, als irgendwelchen Frauen etwas aufzudrängen. Im Grunde könnte man das allen Vereinbarkeitsmaßnahmen und Reprotechniken vorwerfen, dass Frauen nur später oder nur auf eine bestimmte Art und Weise Kinder bekommen sollen. Aber ausgerechnet bei Social Freezing machen alle einen Affentanz darum.

Letztendlich muss man sagen, dass Lohnarbeit immer einen extrem großen Einfluss darauf hat, wie du dein Leben gestaltest. Sie geben dir vor, wann du morgens aufstehst, wann

du abends nach Hause kommst. Sozial Freezing gehört auch dazu, genau wie alles andere. Es ist nicht schlimmer oder besser.

War die Debatte Ihrer Meinung nach hilfreich?

Die Debatte ist genauso paranoid geworden wie die um die Antibabypille in den 60er Jahren. Da wurden auch Ängste geschürt, weil die Frauen angeblich gedrängt wurden, nicht mehr auf natürliche Art und Weise zu gebären. Sie können nicht mehr alles auf sich zukommen lassen, sie müssen alles kontrollieren, sie müssen sich optimieren und der Arbeitgeber könnte verlangen, dass die Frau die Pille nimmt. Das hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, man muss froh sein, wenn die Arbeitgeber die Pille mitfinanzieren. Für mich zeigt die Debatte eine ganz große Schieflage, wie Frauengesundheit und der Zugang dazu generell gesehen wird. Es sollte vielmehr darum gehen, dass solche Techniken Frauen zugänglich gemacht werden müssen – auch finanziell – und dass Frauen gesamtgesellschaftlich und vor allem in der Gesellschaft, in der wir jetzt leben, unterstützt werden. Andererseits kann man auch hinterfragen, warum so viele Frauen glauben so dringlich eigene biologische Kinder bekommen zu müssen, warum ihnen eingeredet wird, ihnen fehle was, wenn sie das in ihrem Leben nicht hatten. Vielleicht ist da auch die Etablierung und Aufwertung sozialer Elternschaft im Verhältnis zur biologischen Elternschaft eine Lösung.

Die Zukunft beginnt immer zu spät

Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.

MEW 13, S. 9

Für die meisten ist es nicht unmittelbar einsichtig, was die PIRATENpartei und die Alternative für Deutschland (AfD) miteinander zu tun haben sollen. Inhaltlich und im Stil scheinen beide Parteien völlig gegensätzlich: Hier die jungen, weltoffenen und technikbegeisterten großstädtischen Milieus, dort die mittelständischen, zuwanderungs- und Euro-kritischen Spießer, die meistens schon das vierzigste Lebensjahr überschritten haben. Auf den ersten Blick scheint AfD und PIRATEN nur ein deutlicher Männerüberhang zu vereinen.

Darüber hinaus eint beide Parteien aber auch die Kritik an den sog. „Altparteien“. Die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik gibt dieser Kritik einen gewissen Rückhalt. Auf der einen Seite ist das politische System in ein Grundgesetz gegossen, gibt es immer gleiche Verfahren für die Herstellung und Umsetzung politischer Entscheidungen. Auf der anderen Seite wirkt auf die Gesellschaft die beständige Veränderung von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Neue oder anders produzierte Güter und Dienstleistungen drängen zu neuen Verfahren, veränderter Arbeitsteilung, anderen Anforderungen an Qualifikation, Kooperation und Reflexionsfähigkeit der Arbeitskräfte, auch die Reproduktionsarbeit bleibt davon nicht unberührt. Daraus entstehen für die Menschen neue Zwänge zur Anpassung (Weiterqualifikation, Arbeitsplatzsuche, andere Arbeitsteilung im Haushalt, verschärfte Konkurrenz), aber auch neue Erfahrungen, Fähigkeiten, Spielräume und daraus erwachsende Ansprüche. Gegen diese mal schnellere, mal langsamere Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie daraus erwachsender neuer Erfahrungen und Erwartungen kann das politische System bemerkenswert lange immun bleiben, weil in einer Massengesellschaft viele Millionen Regierte immer nur die Wahl

zwischen einer deutlich kleineren Anzahl von politischen VertreterInnen und ihren Programmen haben können. In der aktuellen, stürmischen Phase der Gesellschaftsveränderung (von der auch DIE LINKE nur unzureichend ein Verständnis hat) stehen die PIRATEN für das Neue, das aber noch keine zu Ende gedachte Idee von sich selbst hat; die AfD steht für die tragische Revolte gegen diese Veränderungen.

Die AfD will die Besitzstände des deutschen Mittelstandes und die „deutsche Identität“ unbedingt verteidigen. In gewisser Hinsicht sind AfD und PIRATEN damit zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Sicherlich: AfD und PIRATEN ist auch gemein, dass sie die Produktionsverhältnisse nicht in Frage stellen. Ein Grund für das Scheitern der PIRATEN an der Wahlurne lag sicherlich auch in ihrer Unfähigkeit, ihre Begeisterung und Kompetenz bei den neuen Techniken digitaler Kommunikation mit alltagstauglichen, einleuchtenden Vorschlägen für sinnvolle Gesellschaftsreformen zu verbinden. Nur wenige Leute haben etwas gegen mehr direkte Demokratie, mehr Transparenz, freies WLAN und fahrscheinlosen ÖPNV, aber dafür alleine braucht es noch keine eigene Partei. Trotzdem beginge DIE LINKE einen folgenschweren Fehler, wenn sie alle Fragen begraben wollte, die von den PIRATEN ins Licht der Öffentlichkeit gezogen wurden. „Das Bedauern gilt (...) weniger der real existierenden Rest-Partei als dem, wofür sie einen Wimpernschlag der Parteiengeschichte lang stand. Das Bedauern gilt eher der Imagination, dem Uneingelösten“, schrieb Katja Kipping im „Freitag“ zur Verabschiedung der PIRATEN. Das politische Massenbewusstsein im Deutschland Anfang 2015 gibt der LINKEN-Sprecherin Recht. Die Gesellschaft ist geprägt von einer weit verbreiteten Erwartungs- und Hoffnungsarmut: Deutschland denkt gesellschaftspolitisch

nicht weiter als bis zur „schwarzen Null“, aus mangelndem Durchsetzungswillen gegen mächtige Interessen wird sogar die Energiewende zurechtgestutzt. Mit der Eurokrise und einer immer ordnungsloseren Weltordnung als lautem Hintergrundrauschen ziehen sich die Deutschen auf das Altbekannte zurück, ihren Ruf „keine Experimente!“ wusste Angela Merkel zu bedienen und fuhr damit ihr phänomenales Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2013 ein.

Dagegen hatte es die AfD eine Weile deutlich leichter, von den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen zu profitieren. Wer nicht den Blick nach vorne richtet, sondern sein Erreichtes gegen vermeintliche Nutznießer und Schmarotzer abschotten möchte, muss auch nicht viele Gedanken darüber verlieren, welche Breite an Entwicklungsmöglichkeiten die Produktivkräfte zulassen. Die rechtspopulistischen Wutbürger profitieren von denselben Veränderungen, die auch den Erfolg der PIRATEN beflügelten, sie ersparen sich aber durch ihren Fokus auf die Besitzstände alle Schwierigkeiten, in die die PIRATEN geraten sind. Neue Möglichkeiten zur Kommunikation, Dokumentation und politischen Agitation durch Facebook, Twitter, Youtube usw. sind zunächst zu begrüßen. Linken Technik-SkeptikerInnen muss man entgegen, „dass vieles an der Hightech-Welt wie für uns geschaffen ist. Viele der vom Kapital aktualisierten Nutzungsmöglichkeiten sind uns unentbehrlich für unsere Handlungsfähigkeit. So entdecken wir, dass Traum und Alptraum ein und demselben Möglichkeitsraum entspringen. Hier waltet eine fundamentale Ambivalenz. Die gleiche Drohnen-Technologie, mit der die USA auf Distanz töten, wird auch, wie jüngst im Fernsehen idyllisch gezeigt, eingesetzt, um Rehkitze vor den Mähmaschinen zu retten. Mehr noch: Möglichkeiten, die in der aktualisierten Technologie schlummern, können

entdeckt und subversiv ergriffen werden“ (Wolfgang Fritz Haug). Über Facebook lässt sich gleichermaßen zur Kundgebung gegen die Flüchtlingsunterkunft aufrufen wie zur Blockade, die Abschiebung von Geflüchteten verhindern soll.

Den Wutbürgern kommt allerdings die internetbasierte Kommunikation stark entgegen. Wozu sich die „Ochsentour“ im Ortsverband antun, wenn man mit verhältnismäßig deutlich weniger Aufwand und weniger Zumutungen für die eigene Person noch mehr Aufmerksamkeit erregen kann? Diese neuen Möglichkeiten wirken auf die Parteien zurück. Der ehemalige Berliner PIRATEN-Chef bringt es auf den Punkt: „Ich glaube, dass das Zeitalter der sozialen Medien Parteigründungen sehr schwierig macht. Die Grünen hatten in den Achtzigern nur das Fax, um sich aus der Ferne zu streiten“. Davon kann inzwischen auch die AfD ein Liedchen singen. In den 2010er Jahren haben nicht nur verschiedene Strömungen, sondern auch die QuerulantInnen



DIE LINKE muss dafür sorgen, dass die Stimmen der tatsächlich Benachteiligten lauter werden, so dass daneben die Schreie der Wutbürger verblassen. DIE LINKE muss dabei darauf achten, dass neue Möglichkeiten zur Beteiligung und Mitbestimmung nicht ausgerechnet die sozial Benachteiligten abhängen.

aller Schattierungen eine ganze Batterie an Möglichkeiten zur Verfügung. Sie können mit wenig Aufwand, aber schnell in der Wirkung einen „Shitstorm“ vom Zaun brechen. Diese „Hebelwirkung“ sozialer Medien sorgt schon jetzt dafür, dass sich die AfD absehbar in eine rechtspopulistische Richtung entwickeln wird. Den Wutbürgern stehen so viele Kanäle offen, dass ihnen die Befolgung der Parteidisziplin kaum abzurufen sein wird, gleichgültig wie viele Vorsitzende und Generalsekretäre an ihrer Spitze stehen.

Aber nicht nur bei der AfD werden die neuen Möglichkeiten in einer Weise gebraucht, die wenig emanzipatorisch wirkt. „Die im Netz herrschende Devise »Jeder sein eigener Verleger« umgeht einerseits die Geschmackszensur des Marktes, doch zugleich umgeht sie die kritische Katharsis. Im atomistischen Zerstäuben der Meinungen versagt der von Gramsci als Aufgabe gestellte Rückkopplungsmechanismus der Kritik, der darin besteht, intellektuellen Blödsinn und Marktschreierei ständig zu stutzen“ (Wolfgang Fritz Haug). Das Netz wirkt emanzipatorisch dort, wo es denen Gehör schafft, die sich nur im Schutz der Anonymität äußern können. Diese Leute sind den „Nerds“ zu ewigem Dank verpflichtet. Mit der „größten Vernetzungsstufe der Menschheitsgeschichte“ wurde nämlich nicht nur eine gewaltige Produktivkraft der Ökonomie geschaffen, sondern potentiell auch für die Demokratie. „Vernetzung einzelner Subjekte, die ihren Charakter und ihre Individualität bewahren, können nicht nach ihrem Äußeren beurteilt werden, nicht nach ihrem Geschlecht, nicht nach ihrem Diplomatenkoffer oder ihrer Jute-Tasche“ (Frank Schirrmacher). DIE LINKE sollte die Herausforderung annehmen, die der gesellschaftliche Wandel bedeutet. Die PIRATEN kommen wahrscheinlich als relevante Kraft nicht wieder, aber die von ihnen aufgeworfenen

Fragen bleiben dringend. Die AfD wird sich nicht alleine dadurch auflösen, dass auch linke Kräfte lautstark mehr Demokratie fordern, aber sie verlöre doch ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Aus ureigenem Interesse muss DIE LINKE ihre politische Arbeit auf dem Stand der Produktivkräfte betreiben: Horst Kahrs hat analysiert, dass DIE LINKE Anschluss zu verlieren droht an den Alltagsverstand der jüngeren Generationen – für eine sozialistische Partei langfristig ein Untergangsszenario. Will DIE LINKE Bannerträgerin des Fortschritts sein, muss sie die Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität auf der Höhe der Zeit formulieren. Die soziale Basis der PIRATEN kann dafür anhand einiger Aspekte durchaus Hinweise liefern. Unterstützung fanden die Freibeuter nämlich oftmals unter ProtagonistInnen der sog. Kreativwirtschaft, die typischerweise in Großstädten anzutreffen sind. Ihr Arbeits- und Lebensalltag ist geprägt von einer Entgrenzung von Erwerbsarbeit und Privatleben, von einer Überwindung des sog. Normalarbeitsverhältnisses, das sie durch verschiedene Spielarten von Solo-Selbstständigkeit, Klein- und Kleinstunternehmen und vagabundierendem Arbeits-einsatz zwischen Werkaufträgen ersetzen. Wo die linke Kritik nur Prekarität sieht (und damit nicht Unrecht hat), sehen die Betroffenen oftmals Freiheitsgewinn, weil sie das Normalarbeitsverhältnis als altertümliches Korsett empfinden. Weil ihre Einkommen gering sind (viele von ihnen müssen „aufstocken“) und starken Schwankungen der Auftragslage unterliegen, erscheint diesem Milieu das bedingungslose Grundeinkommen und entgeltlose öffentliche Infrastruktur als die geeignete Form gesellschaftlicher Solidarität. „Ein bedingungsloses Grundeinkommen (...) erscheint in dieser Perspektive wie ein gesellschaftlicher Lohn für die Arbeit an solchen Gemeingütern wie der »Wissensallmende« im allgemeinen der open-source-Projekten im besonderen“ (Horst



Keine Partei ist in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig so umstritten wie die AfD. Ist diese Partei tatsächlich „rechtspopulistisch“ und vertritt das Spektrum rechter Bürgerbewegungen wie PEGIDA, wie ihre KritikerInnen meinen? Oder füllt die AfD nur eine Lücke, die CDU/CSU und FDP am (wert-)konservativen Rand der „bürgerlichen Mitte“ hinterlassen haben? Warum entstand eine Partei wie die AfD erst im Schatten der Eurokrise und nicht schon früher? Dieses Buch untersucht Personal, Struktur, Programm und Politik der AfD. Ihre Kernforderungen werden untersucht und ihre bisherige inhaltliche Entwicklung nachgezeichnet. Es wird erörtert, warum viele Forderungen und Lösungen der AfD auf breite Zustimmung in der Bevölkerung treffen – nicht nur bei „rechten“ WählerInnen, sondern weit darüber hinaus. Diskutiert wird, welche Erfolgchancen diese Partei hat, und welche Auswirkungen die AfD auf das Parteiensystem Deutschlands haben könnte. Schließlich bietet das Buch erste Anregungen, wie eine politische Auseinandersetzung mit der AfD geführt und wie sie nicht betrieben werden sollte.

207 Seiten | 2015 | EUR 17.80 | ISBN 978-3-89900-145-7

Kahrs). Damit leiden die PIRATEN-UnterstützerInnen an einer klassisch liberalen politischen Kurzsichtigkeit, da aus der eigenen Situation auf die Gesamtgesellschaft übertragen wird. Auf einen minimalen Flatrate-Sozialstaat ohne Sicherung des erreichten Lebensstandards kann man aber keine solidarische Gesellschaft bauen. Die AfD lässt die Chancen links liegen, die neue Produktivkräfte bieten. Wenn schon die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht angetastet werden dürfen, dann soll es aus Sicht des Rechtspopulismus einen Bestandsschutz für die deutschen Leistungsträger geben. Damit wird die AfD auch attraktiv für die sog. bedrohte Arbeitnehmermitte, die nicht mehr an große Verbesserungen glaubt und für die bereits die Diskussionen um ein Einwanderungsgesetz beunruhigend wirken.

In dieser Konstellation müssen Linke die Produktivkräfte von Arbeit und Kommunikation aufgreifen, um die gesellschaftliche Hoffnungsarmut zu bekämpfen. Wo steht eigentlich geschrieben, dass es nur die Wahl von StellvertreterInnen alle vier Jahre geben kann oder die ziemlich reduzierte „ja oder nein“-Entscheidung bei Volksabstimmungen, aber nichts dazwischen? DIE LINKE muss hier aktiv werden, bevor andere die demokratiepolitische Agenda bestimmen können. Sie muss dafür sorgen, dass die Stimmen der tatsächlich Benachteiligten lauter werden, so dass daneben die Schreie der

Wutbürger verblassen. Sie muss dabei mit Argusaugen darauf achten, dass neue Möglichkeiten zur Beteiligung und Mitbestimmung nicht ausgerechnet die sozial Benachteiligten abhängen, wie es schon jetzt bei komplizierten Wahlsystemen in manchen Bundesländern geschieht. DIE LINKE muss für kluge Regulierungen der neuen Erwerbsverhältnisse eintreten und Möglichkeiten ihrer sozialen Absicherung populär machen. Sie muss ein Gespür entwickeln für die Anliegen der jüngeren Leute, für die „Sozialismus“ meistens nur noch eine Fremdvokabel aus dem Geschichtsbuch ist. Wenn es aus der Gesellschaft schallt „keine Experimente!“, sollte DIE LINKE sich erst recht den Feldversuch zutrauen, auch wenn es eine Zumutung ist. Sie sollte immer davon ausgehen, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen und jede Antwort nur vorläufig ist. Denn wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit.



Alban Werner

geb. 1982, Politikwissenschaftler, Mitglied des BundessprecherInnenrats der SL, Autor des Buchs „Was ist, was will, wie wirkt die AfD?“ (Neuer ISP Verlag, 2015).

Akademie mit der Sommer Sozialistischen Linken

Die Welt im Wandel - wie weiter mit der Linken? Wandel von Kapitalismus und Arbeitswelt | Die Welt ist aus den Fugen – internationale Konflikte, Ursachen und Lösungen | Linke Antworten auf die gesellschaftliche Verunsicherung und die Krise der Repräsentation | Strategische Fragen der LINKEN – Schritte zur Veränderung der Kräfteverhältnisse | **plus:** Mitgliederversammlung der Sozialistischen Linken

mit Katja Kipping, Bernd Riexinger, Peter Wahl, Susanne Hennig-Wellsow, Andreas Fisahn, Sofia Leonidakis, Fabio de Masi, Ingar Solty, Andrej Hunko, Annette Sawatzki ...

26.-28. Juni 2015
verdi „Das bunte Haus“, Bielefeld

www.soli-verein.de
sommerakademie@soli-verein.de

Die Herausforderung ist, eine neu definierte „Normalität“ der sozialen Absicherung unterschiedlicher Lebensweisen und -abschnitte und neue Möglichkeiten der individuellen und kollektiven demokratischen Gestaltung der Arbeitsbedingungen und -inhalte zu schaffen.



Bernd Riexinger:

Die Arbeit der Zukunft. Für eine emanzipatorische Klassenpolitik

Der Beschäftigungsstand in Deutschland war noch nie so hoch, rühmt sich die Bundesregierung ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Tatsächlich: Mit 43 Millionen Beschäftigungsverhältnissen sind so viele Menschen in Lohnarbeit wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik, ein „Ende der Arbeit“ ist nicht in Sicht. Gleichzeitig ist das Arbeitsvolumen zwischen 1994 und 2014 nahezu gleich geblieben. 2014 gab es ungefähr genauso viel Erwerbsarbeit wie vor 20 Jahren. Der Anteil der Beschäftigten, die in sozialversicherungspflichtiger Vollzeit arbeiten, ist aber in dieser Zeit um fast zehn Prozent auf 67,5 Prozent gesunken, wie eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergab. Prekarisierung, Entgrenzung und zunehmende Spaltungen (hinsichtlich Einkommen, Regulierung über Tarifverträge, Beschäftigungssicherheit, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen) prägen die Entwicklung der Lohnarbeit.

Eine neue Regulierung der Arbeit kann dabei kein einfaches Zurück zum alten „Normalarbeitsverhältnis“ sein. Dieses war Teil der gesellschaftlichen Kräftekonstellation im „goldenen Zeitalter“ des Nachkriegskapitalismus mit stärker national organisierten und regulierten Produktionsmodellen, stabilen Wachstumsraten und der Koppelung von Produktivitäts- und Lohnentwicklung, von Massenkaukraft und Konsum. Zugleich beruhte es auf der Stärke von Gewerkschaften und Sozialdemokratie sowie einem gesellschaftlichen Konsens zu sozialer Teilhabe der Arbeitenden als Grundlage von Demokratie und Marktwirtschaft, der durch die Erfahrung des Faschismus ebenso geprägt war wie durch die Systemkonkurrenz. Der „Familienlohn“ ermöglichte großen – aber eben nicht allen – Teilen der Lohnabhängigen eine Zukunftsplanung und stabilisierte zugleich das patriarchale Familienmodell. Diese gesellschaftliche Kräftekonstellation existiert heute nicht einmal mehr in Ansätzen. Der Neoliberalismus schwächte als ausdrücklicher Angriff auf den „Klassenkompromiss“ die gesellschaftspolitischen Stützen des Normalarbeitsverhältnisses und die organisierten Kräfte der Lohnabhängigen.

Eine neue Regulierung der Arbeit muss daher „Brücken bauen“ zwischen den Ansprüchen und Erfahrungen unterschiedlicher Beschäftigtengruppen. Die Lebensweisen und die Erwartungen der Arbeitenden, vor allem im Bereich der Höherqualifizierten haben sich verändert: die Ansprüche an Gestaltungsspielräume in der Arbeit, Autonomie und Zeitsouveränität sowie die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben sind gestiegen. Die Herausforderung ist daher, eine neu definierte „Normalität“ der sozialen Absicherung unterschiedlicher Lebensweisen und -abschnitte und neue Möglichkeiten der individuellen und kollektiven demokratischen Gestaltung der Arbeitsbedingungen und -inhalte zu schaffen. Eine solche „Neue Ordnung der Arbeit“ muss in den Betrieben, auf dem tarifpolitischen und gesellschaftspolitischen Feld erst erkämpft werden. Ein „Neues Normalarbeitsverhältnis“ kann nur als Teil eines Übergangs zu einem anderen gesellschaftlichen Entwicklungspfad durchgesetzt werden, der mit dem neoliberalen Finanzmarktkapitalismus und dem auf Prekarisierung und Spaltungen beruhenden Produktionsmodell bricht.

Innerhalb des Kapitalismus kann es gute Arbeit als Normalität für alle Lohnabhängigen nicht geben und einmal erkämpfte soziale Errungenschaften sind immer durch die Macht der Eigentümer der Produktionsmittel bedroht. Dennoch weist die Forderung nach einem „Neuen Normalarbeitsverhältnis“ in die richtige Richtung: den Kampf um „gute Arbeit für alle“ zu führen und Spaltungen entgegen zu wirken. DIE LINKE sollte die Frage der Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit ins Zentrum eines sozialen, ökologischen und demokratisierenden Transformationsprojektes stellen, das über den Kapitalismus hinausweist.

Ein neues Normalarbeitsverhältnis und ein umfassendes Demokratieprojekt

Was in einer Gesellschaft als »selbstverständlich« und »normal« gilt, welche Vorstellungen von guter Arbeit und einem guten Leben sich gesellschaftlich verallgemeinern, ist eine Frage der (Klassen-)Kämpfe um die

Was in einer Gesellschaft als »selbstverständlich« und »normal« gilt, welche Vorstellungen von guter Arbeit und einem guten Leben sich gesellschaftlich verallgemeinern, ist eine Frage der (Klassen-)Kämpfe um die Hegemonie.

Hegemonie. Es geht darum, gemeinsame Ansprüche auf gute Arbeit und ein gutes Leben – auf das, was selbstverständlich sein sollte in einer reichen Gesellschaft – so zu formulieren, dass sie zu politischen Forderungen für eine andere Regulierung der Arbeit werden können, auf die sich unterschiedliche betriebliche und tarifpolitische Kämpfe beziehen können. Ausgangspunkt dafür müssen die breit geteilten Ansprüche an „gute Arbeit“ sein, wie sie u.a. in der Beschäftigtenumfrage der IG Metall oder im DGB-Index „gute Arbeit“ zum Ausdruck kommen:

- ✓ Der Lohn muss grundsätzlich die Existenz sichern und ausreichend sein, um eine Rente anzusparen, die den Lebensstandard sichert und vor Altersarmut schützt.
- ✓ Die Menschen müssen ihre Zukunft planen können. Verschiedenen Lebensphasen müssen sozial abgesichert und mehr Selbstbestimmung in der Erwerbsbiografie ermöglicht werden.
- ✓ Sozialversicherungspflicht und Tarifbindung der Beschäftigungsverhältnisse müssen die Regel sein und nicht die Ausnahme bilden.
- ✓ Die Menschen müssen ihre Arbeit beeinflussen und gestalten können. Arbeit und Arbeitszeit müssen so gestaltet sein, dass Leben und Arbeiten in Einklang gebracht werden können. Die Arbeit muss so beschaffen sein, dass sie ein ganzes Arbeitsleben ausgeübt werden kann.

Wie die Durchsetzung des Mindestlohns zeigt, ist die Schaffung gesellschaftlicher Mehrheiten entscheidend. Die verschiedenen „Bausteine“ einer neuen Ordnung der Arbeit können erst dann gesellschaftlich wirkmächtig werden, wenn sie in vielfältigen Diskussions- und Lernprozessen angeeignet, verändert und zu gemeinsamen Forderungen unterschiedlicher Gruppen der Lohnabhängigen werden. Eine Schlüsselfrage für die Veränderung der Kräfteverhältnisse ist die (gewerkschaftliche und politische) Organisation der verschiedenen Gruppen der Ausgeschlossenen und Prekären. Aber das alleine reicht nicht aus: Nur wenn die Interessen der (noch) tariflich abgesicherten, organisierten, aber (in unterschiedlichen Formen) unter großem Druck stehenden „Kerne“ der Industrie und des Öffentlichen Sektors in einer politischen Offensive gegen Prekarisierung stark aufgegriffen werden, kann verhindert werden, dass diese sich „nach unten“ abgrenzen. Kern einer emanzipatorischen Klassenpolitik ist die Arbeit an einem solidarischen Bündnis zwischen Erwerbslosen und von Armut Betroffenen, den verschiedenen Gruppen prekär Beschäftigter und den sogenannten „Kernbelegschaften“.

Die Aufgabe der LINKEN ist es, dieses zu fördern, in dem verstärkt Räume für den Austausch von unterschiedlichen Gruppen von Beschäftigten organisiert werden. Wichtige Anknüpfungspunkte sind auch neue

Streikbewegungen und ihre ProtagonistInnen/TrägerInnen. Die Mehrheit der Streiks der letzten Jahre fand außerhalb der Industrie in der (oftmals prekären) Dienstleistungsarbeit statt, unter starker Beteiligung von Frauen und MigrantInnen: bei Amazon und im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Bewachungs- und Reinigungsgewerbe sowie bei ErzieherInnen oder Pflegekräften im Krankenhaus. Als LINKE sollten wir diese Streikbewegungen und die stattfindenden Prozesse der Erneuerung der Gewerkschaften entlang konfliktorientierter Organisationsstrategien, der Demokratisierung von Betriebspolitik und Streiks, stärker unterstützen. Darüber hinaus sollte die LINKE Vorschläge entwickeln, wie in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Arbeit Bündelungspunkte entstehen können, die mittelfristig eine breite gesellschaftliche Mobilisierung ermöglichen können:

1. Auch jenseits des Niedriglohnsektors kommen Millionen Beschäftigte mit ihrem Lohn kaum über die Runden. Steigende Mieten- und Energiepreise, höhere Kosten für Bildung und Weiterbildung, Mobilität, Gesundheitsversorgung und Pflege tragen zur Prekarisierung von Lebensverhältnissen bis weit in die mittleren Einkommen hinein bei. In den Mietenprotesten findet der Slogan „Hoch mit den Löhnen, runter mit der Miete“ breite Resonanz. Die von ganz unterschiedlichen Beschäftigtengruppen geteilten Ansprüche auf existenzsichernde und gute Löhne und eine planbare Zukunft könnten einen Bündelungspunkt bilden. Neben der Zurückdrängung prekärer Arbeitsverhältnisse (gegen Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge und prekäre Selbständigkeit) müssen zugespitzte Forderungen für eine „politische Lohnoffensive“ entwickelt werden. Die Frage der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft der Arbeit. Gemeinsam mit den Gewerkschaften gilt es den politischen Kampf gegen die Unternehmensverbände darum zu führen, dass Anträge auf Allgemeinverbindlichkeit von den Interessen der Beschäftigten ausgehen und von den Gewerkschaften alleine gestellt werden können (statt wie bisher nur im Einvernehmen von Gewerkschaften und Kapitaleseite).

2. Mittlerweile sind in sozialen Dienstleistungen mehr Menschen als in der Exportindustrie beschäftigt. Die Politik der Unterfinanzierung und Ökonomisierung des Sozialen führt hier zu verstärkten Widersprüchen und neuen Bündnismöglichkeiten. Das betrifft Kernelemente des neoliberalen Exportmodells: die zumeist von Frauen geleistete Arbeit mit den Menschen in sozialen Dienstleistungen im Bildungs-, Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich wird gegenüber Arbeit in der Exportindustrie abgewertet. In diesen Bereichen könnte sich bereits in Ansätzen eine neue Qualität von Streikbewegungen



entwickeln. In den derzeitigen massiven Streiks der Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste, aber auch in verstärkten Auseinandersetzungen im Gesundheits- und Pflegebereich (z.B. um Personalbemessung an der Berliner Charité) wird die Qualität der Arbeit und damit der sozialen Dienstleistungen zu einem zentralen Element der Auseinandersetzung. Bei der Forderung nach mehr Personal und guten Arbeitsbedingungen in der Pflege, bei Gesundheit und Bildung im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ geht es auch darum, diese Auseinandersetzungen zu unterstützen und die Verankerung der LINKEN in diesen Bereichen zu stärken. Perspektivisch sollten wir daran arbeiten, die in betrieblichen und tarifpolitischen Auseinandersetzungen bereits (ansatzweise) politisierten Perspektiven zu stärken und die verschiedenen Auseinandersetzungen zu einem gesellschaftspolitischen Kampf um den Ausbau und die Qualität der Öffentlichen Daseinsvorsorge, um gute Arbeit, Aufwertung, mehr Personal und demokratische Gestaltung von Bildung, Pflege und Gesundheit für alle zu verbinden.

3. Eine neue Initiative zur Umverteilung und Verkürzung der Arbeit: Während Millionen Menschen dauerhaft von der Erwerbsarbeit und gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind und viele Beschäftigte – mehrheitlich Frauen – in Teilzeit unfreiwillig „unterbeschäftigt“ sind, ist Burn-out durch die Entgrenzung der Arbeit und Arbeitsstress zu einer gesellschaftlichen Krankheit geworden. Für die Mehrheit der Menschen wird es immer schwieriger, Arbeit und Leben unter einen Hut zu bekommen. Vor dem Hintergrund der strukturellen Unterbeschäftigung auf der einen und der strukturellen Überbeschäftigung und Entgrenzung der Arbeitszeit auf der anderen Seite sowie des Produktivitäts- und Rationalisierungsschubs durch die Digitalisierung ist eine neue Initiative der

Arbeitszeitverkürzung dringend notwendig. Diese müsste sich um die breit getragenen, aber konkret sehr unterschiedlichen Wünsche nach mehr selbstbestimmter Zeit drehen und diese zu einem Kampf um eine neue (und gegenüber der alten Vollzeitnorm auch flexibleren und geschlechtergerechten) gesellschaftlichen Norm bündeln. Beruf und FreundInnen, Familie, kulturelle und politische Aktivität müssen in allen Lebensphasen miteinander vereinbar sein. Die Arbeitszeit muss sich mehr um das Leben drehen und das Leben weniger um die Arbeit. Der Slogan „Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst“ wäre vielleicht geeignet, um Forderungen wie der nach „kurzer Vollzeit“ von etwa 30-32 Stunden und nach flexiblen Modellen für unterschiedliche Lebensphasen wie Sabbatjahren, Familien- und Bildungsauszeiten eine gemeinsame Strahlkraft zu verleihen.

4. Eine linke Politik um die Zukunft der Arbeit kann nur als großes Demokratieprojekt begriffen werden. Eine neue „Humanisierung der Arbeit“ braucht erweiterte individuelle und kollektive Rechte: von individuellen Vetorechten gegen Überforderung und Leistungsstress, Schutz von Whistleblowern, über die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten, bis zum Verbandsklagerecht für Gewerkschaften und den Ausbau des Unternehmensstrafrechtes. Demokratie darf der Wirtschaft gegenüber nicht äußerlich bleiben und sich nicht auf Co-Management beschränken. Die Frage, was wie von wem und zu welchen Bedingungen produziert wird, gehört ins Zentrum einer gesellschaftlichen Debatte. Diese sollten wir als Partei ausgehend von Vorschlägen zur Stärkung und Demokratisierung der Mitbestimmung (vgl. „Neustart für die Mitbestimmung“) und zu einer „sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie“ verstärkt führen.



Um die Kräfteverhältnisse in Bewegung zu bringen, muss DIE LINKE ihre Verankerung bei den Erwerbslosen, den verschiedenen Gruppen prekär Beschäftigter und den Beschäftigten im Öffentlichen Sektor, den sozialen Dienstleistungen und den „Kernbelegschaften“ der Industrie stärken. Eine ausstrahlungsfähige Agenda für die Arbeit der Zukunft könnte auch dazu beitragen, jene Teile der lohnabhängigen Mittelschichten stärker zu erreichen, die bisher zur Sozialdemokratie oder zu den Grünen neigen. Innerhalb der SPD wird durchaus über ein neues Normalarbeitsverhältnis diskutiert (so in der Schrift der „Denkwerkstatt Demokratie“ unter Beteiligung von Andrea Nahles und Yasmin Fahimi). Aber bislang bleibt es weitgehend bei Lippenbekenntnissen, Zugeständnissen an Teile der Kernbelegschaften und einer Konzentration auf „Fehlentwicklungen“ (z.B. bei der Leiharbeit oder Befristungen). Eine umfassende Agenda gegen Prekarität, die bei der Rücknahme der neoliberalen Agenda-Reformen beginnt, ist bei der SPD bisher nicht in Sicht. Das hat seinen Grund: ein Neues Normalarbeitsverhältnis für alle Beschäftigtengruppen wäre mit dem neoliberalen Produktions- und Exportmodell nicht vereinbar. Für die Strategie der LINKEN, die sich so an historische Erfahrungen anknüpfend als „Einheitsfrontpolitik 2.0“ begreifen ließe, bedeutet diese Ausgangslage zunächst überhaupt Klassenmacht und Druck aufzubauen, indem an Bündelungspunkten sowohl neue Beschäftigtengruppen als auch die bisherige Basis der Sozialdemokratie erreicht werden. Nur so kann die Sozialdemokratie zu Veränderungen bewegt und zugleich das eigene Profil geschärft werden. Für uns als LINKE ist der Kampf um eine andere Ordnung der Arbeit Teil eines großen Transformations- und Demokratieprojekts, das einen Bruch mit dem neoliberalen Kapitalismus hin zu einem sozial gerechten, ökologisch zukunftsfähigen und radikal demokratischen Entwicklungspfad möglich macht. Es geht um Einstiege in eine radikale Transformation hin zu „wirklicher Demokratie“ und einem „demokratischen und grünen Sozialismus“, wie sie Katja Kipping und ich in unserem „Zukunftsmanifest“ umrissen haben.

Ein starker Anfang.

Die Kampagne „Das muss drin sein“

Die am 1. Mai mit Schwung und Aktivitäten in allen Landesverbänden gestartete Kampagne »Das muss drin sein« mit den fünf bundesweiten Forderungen soll es ermöglichen, gemeinsame Interessen von Prekären, Erwerbslosen und (noch) tariflich abgesicherten Beschäftigten zu formulieren. So soll etwa die Forderung nach mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit nicht nur die Beschäftigten der sozialen Dienstleistungen erreichen, sondern auch große Teile der Lohnabhängigen insgesamt, die auf eine gute öffentliche Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege angewiesen sind. Es geht darum, den Kampf darum führen, was in einem reichen Land als selbstverständlich gilt, Anspruchshaltungen an gute Arbeit und ein gutes Leben zu stärken – und die Verursacher und Profiteure der Prekarisierung auch als direkte Gegner zu adressieren. Mittelfristig sollen die Forderungen in der Gesellschaft mehrheitsfähig gemacht und Druck aufgebaut werden, um eine oder mehrere der bundesweiten Forderungen tatsächlich durchzusetzen. Entscheidend ist, dass sie auch von Gewerkschaften und anderen Akteuren aufgegriffen und Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Mobilisierung werden.

Die Kampagne kann sich zu einem selbstorganisierten Lernprozess entwickeln, in dem Mitmachen nicht nur bedeutet, einen bereits fertigen Plan umzusetzen, sondern Räume für Austausch geschaffen und Fähigkeiten zur Organisation entdeckt und verbreitet werden. Die von Prekarisierung Betroffenen sollen selbst Akteure der politischen Auseinandersetzungen werden, sich beteiligen und (sich) organisieren. Es geht um die Verbindung der Stärkung der Partei an der Basis mit einer Politik der Organisation von Hoffnung. Wichtige Schritte dafür sind offene Kampagnentreffen vor Ort – die auch für Nicht-Mitglieder und Menschen, die (noch) nicht von allen Inhalten der LINKEN überzeugt sind, offen sind – und die schrittweise Entwicklung von Fähigkeiten des »Organizing« in den nächsten Jahren. Vor Ort können sich »Mini-Kampagnen« entwickeln, die konkrete Erfolge erreichen, z.B. in der Skandalisierung von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung bei Unternehmen, bei Protesten gegen steigenden Mieten in einem Stadtteil oder für bessere Personalbesetzung im örtlichen Krankenhaus. Wenn zunächst kleine Erfolge errungen werden, entsteht Vertrauen in die politischen Handlungsmöglichkeiten. Die Kampagne kann so ein starker Anfang für die Entwicklung einer neuen Klassenpolitik werden.

Mit der Kampagne „Das muss drin sein“ geht es darum, den Kampf darum führen, was in einem reichen Land als selbstverständlich gilt, Anspruchshaltungen an gute Arbeit und ein gutes Leben zu stärken – und die Verursacher und Profiteure der Prekarisierung auch als direkte Gegner zu adressieren.

Nicht nur Arbeit, sondern das ganze Leben

Ja, es stimmt. Die Erwerbsquote von Frauen hat in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen. Ich finde durchaus: Das ist Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe um Emanzipation, und wir können uns dafür auf die Schulter klopfen. Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Vor allem die Teilzeitbeschäftigung von Frauen hat zugenommen. Doch Teilzeitbeschäftigung ist eben nicht der Brüller – weder finanziell, noch, wenn es um gesellschaftliche Anerkennung und erst recht nicht dann, wenn es um gesellschaftlichen Aufstieg für Frauen geht.

Das bisschen Haushalt macht sich von allein?

Die Voraussetzungen einer geschlechtergerechten Erwerbstätigkeit (aber auch Nichterwerbstätigkeit!) sind weiterhin nicht erfüllt. Ein Beispiel: Unsere KiTa hat von 8 Uhr bis 17 Uhr geöffnet. Länger nicht. Da ist egal, wer das Kind hinbringt oder abholt – sollte ich allein-erziehend sein, brauchen wir gar nicht weiterdiskutieren – eine Vollzeitstelle ist damit nicht möglich. Ganz zu schweigen von Ehrenämtern, gesellschaftlicher und politischer Aktivität. Hinzu kommt, dass nach wie vor der Großteil der nicht ökonomischen Sorgearbeit wie Versorgen, Erziehen und Pflegen, in der Gesellschaft nicht gleich verteilt ist und häufig im Privaten stattfindet, das heißt: unsichtbar, unkommentiert und unentlohnt von Frauen erledigt wird. Was nichts kostet, ist nicht viel wert, Fürsorge erfolgt vor allem „aus Liebe“, kann angeblich nebenbei erledigt werden und ist deshalb nicht besonders interessant – politisch, gesellschaftlich, ökonomisch. Das bisschen Haushalt, macht sich von allein.

Irrationale Verhältnisse...

In den „warenförmigen“ Bereichen der Sorgetätigkeiten, im Kindergarten, im Krankenhaus sind der Aufwand und die Kosten deutlich sichtbar, wenngleich auch nicht

adäquat entlohnt. Im Privaten stellen sich allerdings allzu oft viele Fragen: Wer „verzichtet“ eigentlich auf was, um die Reproduktionstätigkeiten zu verrichten? Wie steht es um die Vereinbarkeit von Familie, egal in welcher Form, auf der einen Seite und Beruf, Ehrenamt, politischer Aktivität auf der anderen Seite? Ein plastisches Beispiel dafür, welche hohe politische Brisanz eine ausbleibende Umverteilung von Erwerbsarbeit, Sorgetätigkeiten (egal ob bezahlt oder nicht) und Zeit für politische Einmischung und Selbstverwirklichung zwischen den Geschlechtern annehmen kann, ist etwa die Debatte: Dürfen oder sollen Eizellen eingefroren werden, um die Familienplanung zu optimieren? Was sich wie schlechte Imitation von Science Fiction anhört, gewinnt unter dem Druck der Verhältnisse am Ende sogar eine gewisse (irrationale) Rationalität – weil die Verhältnisse eben irrational sind. Oder: Wer bleibt zu Hause, um den Nachwuchs zu erziehen, oder geht das Kind in die KiTa? Omas Rente reicht nicht, aber wenn sie Hilfe im Haushalt braucht, was dann? Anhand dieser nur kleinen Auswahl an gesellschaftlich relevanten Fragen wird deutlich: Sorgearbeit betrifft nicht nur den privatwirtschaftlich oder öffentlich „organisierten“ Teil der Care Arbeit, es geht um mehr als um arbeitsrechtliche Fragen, es geht um mehr als kleine Verbesserungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Es geht ums ganze Leben!

...schaffen Dienstmädchenkultur

Ist das Familieneinkommen hoch genug, wird die stille Reproduktionsarbeit so gut es geht ausgelagert. Die Nanny versorgt außerhalb der Kindergartenöffnungszeiten den Nachwuchs, die Zugefrau erledigt Haushalt und Einkäufe. Paula-Irene Villa nennt dies „die neue Dienstmädchenkultur“.¹ Dienste wie Helpling² haben Hochkonjunktur. Sieht man sich die Homepage an, weiß frau schnell was Sache ist: für 12,90 Euro die



Buchen Sie Ihre Putzfrau in 3 einfachen Schritten:



Sagen Sie uns, wo und wann wir reinigen dürfen.



Wählen Sie zwischen unseren Reinigungsleistungen.



Ein Helpling macht für Sie sauber.

Aber nicht jede kann den
Kelch auf diese Weise
weiterreichen.

Wer putzt bei der Putzfrau



Jane Story

Stunde wird die Wohnung wie neu. Bekannt ist der Dienst durch Handelsblatt, das Magazin Glamour und die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ich möchte dabei nicht falsch verstanden werden: Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, reproduktive Tätigkeiten in den Dienstleistungssektor auszulagern. Aber zum einen kann sich das nicht jede*r leisten, zum anderen muss aber auch die gute Bezahlung der dort Tätigen gewährleistet sein.

Für eine emanzipatorische Flexibilität

Dienstleister wie „Helping“ werfen aber noch

eine weitere Frage auf: Nämlich, ob (und ggf. wie) gesamtgesellschaftlich betrachtet unverzichtbare Tätigkeiten anders, nämlich etwa geschlechtergerecht organisiert werden können. Klar, die Erwerbstätigkeit etwa von beiden Eltern muss ermöglicht werden, es kann und darf kein Zurück zum Alleinernährer-Modell mit angeschlossener „reproduktiver Abteilung Ehefrau“ geben. Voll gut, voll dafür. Aber wenn ich als Frau erwerbstätig bin, erwarte ich, dass meinem Kind nicht die kapitalistische Verwertungslogik von frühester Kindheit an beigebracht wird: Es soll in die KiTa gehen, wenn es mag, es soll nicht in die KiTa gehen müssen, wenn es kränkelt (weil ich zur Arbeit muss). Und ich wünsche mir, dass sowohl ich, als auch der Vater Zeit mit dem Nachwuchs verbringen können. Eine Vollerwerbstätigkeit unter kapitalistischer Verwertungslogik gerät hier aber in Widersprüche. Und deshalb erwarte ich, dass gesellschaftlich, von Gesetzgebung im Zweifel auch gegen den Widerstand von Unternehmen, organisiert wird, dass ich arbeiten gehen und trotzdem Zeit mit dem Nachwuchs verbringen, sowie mich politisch und gesellschaftlich engagieren kann. Das heißt: Reduzierung der Wochenarbeitszeit, Höchstarbeitszeiten und Arbeitszeitverkürzung, monatliche „Haushaltstage“ oder „Familientage“ für Beschäftigte, Anspruch auf Sabbaticals, gleiche Inanspruchnahme von Eltern- und Pflegezeiten. Es geht um gleichen Vertretungsanspruch der Geschlechter in der Gesellschaft und auch der kommerziellen Arbeits- sowie der Care-Arbeitswelt. Und es geht um die Wiederaneignung von Flexibilität, Individu-

alität und Selbstverfügung, nicht im neoliberalen, sondern im emanzipatorischen Sinne: Bezahlte Flexstage, wenn die KiTa streikt, das Kind schlecht geschlafen hat oder die Oma ins Krankenhaus kommt, Pflegeauszeiten für Kinder und andere Familienangehörige, Kindergärten, die bei der Angabe „Schichtdienst“ nicht gleich in Ohnmacht fallen und die auch an Wochenenden geöffnet haben, wenn etwa Parteitag ist oder das Wohnzimmer gestrichen werden muss. Sprich: Die geschlechtergerechte Aneignung der Arbeitswelt setzt zweierlei voraus: Erstens, sie nach Menschenbedürfnissen zu formen (und nicht wie jetzt, einseitig die Menschen nach den Bedürfnissen der Lohnarbeit) und zweitens, strukturell die Möglichkeiten zu schaffen, ihr regulativ zu entkommen.

Weder Hausfrau noch rundumverfügbar

Ich bleibe dabei: Es geht darum, wie wir unser Zusammenleben organisieren, wer wann welche Zeit für Reproduktionsarbeit aufwendet, zu welchen Bedingungen und mit welcher gesellschaftlichen Interpretation.³ Es geht um die Verwobenheit unterschiedlicher patriarchaler, gesellschaftlicher und kapitalistischer Unterdrückungszusammenhänge – und es geht um geschlechterhierarchische Asymmetrie. Das kann also nicht allein dadurch erreicht werden, dass Frauen in (Teilzeit-)Arbeit gestürzt werden – und im Übrigen alles so bleibt, wie es ist. Es geht um die Frage, wie wir leben und arbeiten wollen, und zwar ohne Unsicherheit, mangelnde Lebensplanung, blockierte Mobilität und schwer zugängliche Bildungs- und Wissensressourcen. Vereine und öffentliches Leben, Beruf, Familie und Aktivität im sozialen Umfeld müssen vereinbar werden. Denn: Angemessene Absicherung in der Arbeitswelt, jenseits der Arbeit und eine soziale Infrastruktur gehören gerade aus feministischer Perspektive untrennbar zusammen. Fehlt ersteres, kommt die BRD der frühen 60er Jahre heraus, fehlt letzteres, bleibt vielen Frauen am Ende nur die Doppel- oder Dreifachbelastung der Rundumverfügbarkeit in Arbeit, Alltag und Ehrenamt.

¹ www.uni-muenchen.de/forschung/news/2015/villa_forgendercare.html.

² www.helping.de.

³ Nach Zahlen des statistischen Bundesamts verrichten Frauen im Westen 1,6 mal so viel unbezahlte Arbeit wie Männer, im Osten 1,4 mal so viel (2001/02).



Anja Mayer

ist Initiatorin und Mitorganisatorin der frauensommerakademie* und Mitglied im Parteivorstand.

Wenn die Arbeitszeitfrage nicht nur auf die tarifpolitische, sondern auf die gesellschaftspolitische Tagesordnung soll, sind bei aller Umstrittenheit Initiativen wie die „30-Stunden-Wochen-Kampagne“ hilfreich.

... Zeit, dass sich

Auf der Landesbezirkskonferenz von ver.di in Baden-Württemberg wurden am 21. März 2015 mit großer Mehrheit eine neue Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung und eine Neudefinition des „Normalarbeitsverhältnisses“ als Leitbild beschlossen. „Bei kürzerer Arbeitszeit muss sowohl die Unterbeschäftigung durch Mini- und Midijobs, unfreiwillige Teilzeit und andere prekäre Arbeitsformen, als auch strukturelle Überbeschäftigung durch Mehrarbeit und ständige Verfügbarkeit der Arbeitskraft aufgehoben werden... beide Beschäftigtengruppen können so für die Initiative gewonnen werden.“

Das ist ein neuer arbeitszeitpolitischer Ansatz, der versucht, ein gemeinsames Aktionsdach für die erzwungen prekär Beschäftigten einerseits und durch lange Arbeitszeiten Überbelasteten andererseits zu finden.

Für Letztere ist eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit notwendig, die kompensiert werden könnte durch ein Recht auf Erhöhung der bezahlten Arbeitszeit für in Teilzeit gezwungene. Die Kunst einer neuen Arbeitszeitpolitik bestünde darin, die Arbeitszeitfrage für beide Teile zu einem persönlich attraktiven und gesellschaftspolitisch wirkungsvollen Handlungskonzept zu entwickeln.

Aktuell geht es in der Tarifaueinandersetzung der LokführerInnen (auch) um eine zweistündige Wochenarbeitszeitverkürzung. Begründung: Minderung der Stressbelastung und Entschleunigung... Die Antwort von Bahnchef Grube: „Keine Minute unter 39“. Das erinnert fatal an die Haltung der Arbeitgeber im Streik um die 35-Stundenwoche von 1984. Über Ostern streikte ver.di im Postbereich. Das Ziel: Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 2,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich für 140 000 Beschäftigte. Völlig empört meldete sich Arbeitgeberchef Klasen: „Das würde ja bedeuten, dass die Beschäftigten 2,5 Stunden weniger arbeiten, aber trotzdem das gleiche Geld verdienen. Das können wir nicht akzeptieren.“ Und bietet „großzügig“ Teilzeit bis 34 Stunden ohne Lohnausgleich an. Dafür hatten die Beschäftigten nicht gestreikt....

Nach jahrzehntelangem Stillstand bewegt sich also endlich wieder etwas in der Arbeitszeitverkürzungsfrage. Dass Arbeitszeitverkürzung notwendig ist, steht außer Zweifel. Denn nach wie vor gilt: Steigerung der Produk-

tivität der Beschäftigten pro Arbeitsstunde im industriellen wie im Dienstleistungsbereich führt ohne ausreichendes Wirtschaftswachstum oder Kompensation durch Arbeitszeitverkürzung zu mehr Arbeitslosigkeit. Ein Beispiel: Wäre nur die Hälfte der Produktivitätssteigerung in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg seit Einführung der 40-Stunden-Woche 1964 in Arbeitszeitverkürzung umgewandelt worden, hätten wir in diesem Bereich heute eine Normalarbeitszeit von 20 Stunden pro Woche. Fakt ist jedoch, dass 2014 die durchschnittliche Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten einschließlich der Überstunden 41,4 Stunden (!) betrug, und das bei einer tariflichen Arbeitszeit von 35 Stunden.

Da gibt es eine gefährliche Entwicklung im Auseinanderfallen von Frauen- und Männerarbeitszeiten. Obwohl die Frauenerwerbsarbeit gestiegen ist, ist das gesamte Arbeitszeitvolumen von Frauen gesunken. Sprich: Immer mehr Frauen arbeiten erzwungen immer weniger Stunden. Abhängigkeit und Altersarmut sind vorprogrammiert. Durchschnittlich arbeiten Frauen neun Wochenstunden weniger als Männer. Dieses sogenannte „Gender-Time-Gap“ (Geschlechter-Zeit-Lücke) bedeutet eine massive Benachteiligung von Frauen und ist bei uns das höchste in Europa.

Da sind die berechtigten Bedürfnisse der Beschäftigten: zwei Drittel wünschen sich eine Wochenarbeitszeit zwischen 30 und 35 Stunden; 80% wollen mehr selbstbestimmte Zeit und lebensabschnittbezogene Arbeitszeiten. Sie wollen z.B. weniger Stunden, wenn kleine Kinder oder Pflegefälle da sind oder Zeit für Weiterbildung gebraucht wird (siehe Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2013/2014 sowie WSI 11/2014).



was dreht über notwendige Kämpfe um Zeit



Die Erfahrung von Überbelastung, einem besorgniserregenden Anstieg psychischer Erkrankungen, der Entkoppelung von Zeit und Arbeitspensum durch neue betriebliche Managementstrategien (nicht mehr die Zeit zählt, sondern das Ergebnis – egal, wie lange du dafür brauchst) führt zu einer latent vorhandenen „Gegenbewegung“ – dem Bedürfnis nach mehr „Zeitwohlstand“. Gerade für junge Menschen scheint der alte Slogan „Zeit ist Geld“ nicht mehr zu verführen – sie wollen zunehmend „mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“ und vielleicht auch zum Lernen. Das war das Motto der Frauen im Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche 1984 – sie wollten Arbeitsumverteilung, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, aber sie wollten auch mehr Zeit für sich. Sie nahmen das ganze Leben in den Blick und nicht nur die Arbeitszeit. Damals war der Kampf um Arbeitszeitverkürzung eine große gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Für einige Wochen hatten die Gewerkschaften die Hegemonie über die Zeitfrage. Kämpfe um Zeit sind so alt wie die Arbeiterbewegung. Sie stehen im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital. Wer sie auf unserer Seite erfolgreich führen und gewinnen will, muss sich der grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Bedeutung bewusst sein. Karl Marx fasst die Bedeutung der Kämpfe um Zeit in den

„Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie“ folgerichtig zusammen: „Denn alle Ökonomie löst sich auf in die Ökonomie der Zeit“.

Die Zeit ist objektiv und subjektiv reif für die lange vernachlässigte Politisierung der Zeitfrage, für eine neue Kampagne für Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung. Konkret bedeutet das für die gewerkschaftliche Linke: aktive Unterstützung aktueller Kämpfe um Zeit, Initiierung von Veranstaltungen und Diskussionen zum Thema, Nutzen der Gewerkschaftstage von IG Metall und ver.di im Oktober für Anträge und Diskussionen. Wenn die Arbeitszeitfrage nicht nur auf die tarifpolitische, sondern auf die gesellschaftspolitische Tagesordnung soll, sind bei aller Umstrittenheit Initiativen wie die „30-Stunden-Wochen-Kampagne“ hilfreich. Das gilt in gleichem Maße für die „Vier in einer Perspektive“- ein Gesellschaftsentwurf mit radikaler Verkürzung der bezahlten Erwerbsarbeit auf vier Stunden täglich, um Zeit zu haben für Sorgearbeit, für sich selbst und um Politik zu machen.

Ansetzen und Aufgreifen der formulierten und latent vorhandenen Bedürfnisse der Menschen nach mehr selbstbestimmter Zeit und deren Wiederaneignung, ein Bewusstsein entwickeln darüber, dass Zeit Leben ist, unabdingbar mit dem Individuum verbunden und nur einmal gelebt werden kann, tarifpolitisch: drängen und gleichzeitig einen langen Atem entwickeln für den Aufbau einer überzeugenden Strategie, für eine betriebliche und gesellschaftliche Bewegung – das sind Grundbedingungen auf dem Weg, in der Zeitfrage hegemonial zu werden. Und nie vergessen, dass Kämpfe um Zeit grundlegenden Charakter haben, eben Machtkämpfe sind. Es ist an der Zeit, dass sich was dreht!



Sybille Stamm

ist ehemalige Landesbezirksvorsitzende von ver.di Baden-Württemberg und Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Thesen zur Prostitution

Als die Sozialpolitikerin Magda Langhans im Parlament über die Razzien sprach, mit denen die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten verhindert werden sollte, stellte dies eine ungeheure Provokation dar. Denn die Abgeordnete skandalisierte, dass die Zwangsuntersuchungen nur an Frauen durchgeführt wurden. Drei- bis viermal, so prangerte Langhans in ihrer leidenschaftlichen und zugleich gestrengen Art an, würden Frauen zur Untersuchung müssen, die Männer hingegen unbehelligt bleiben. Magda Langhans war Abgeordnete der KPD in der Hamburgischen Bürgerschaft und hielt diese Rede 1946.¹

70 Jahre später werden Frauen immer noch für sexuelle Aktivitäten stigmatisiert, drangsaliert und kriminalisiert – insbesondere, wenn sie sie als Dienstleistung verkaufen. Prostitution gilt im Mehrheitsglauben immer noch als Unzucht – auch wenn sie seit 2002 in der Bundesrepublik Deutschland legal betrieben werden darf. Sittenwidrig handelt eine Prostituierte dennoch, sobald sie ihrem Gewerbe in so genannten Sperrgebieten in Großstädten wie Hamburg nachgeht. Ihr drohen Bußgelder und Arrest.

Bereits die Klassiker der Linken hatten ihre Schwierigkeiten mit Analysen und Lösungen zum Thema Prostitution. Für Clara Zetkin gehörten Prostituierte zum Lumpenproletariat. Alexandra Kollontai befand Prostitution als sittenwidrig. Sie forderte einen Arbeitszwang für Prostituierte, um sie zu befreien. Karl Marx nannte Prostituierte, Vagabunden und Verbrecher in einem Atemzug.² Dagegen steht heute die Gewerkschaft ver.di, die eine parteiliche Sichtweise für Frauen in der Sexarbeit entwickelt hat und ihren Schutz vor Ausbeutung in den Vordergrund stellt.³ „Es gibt keine Betriebsräte, keine Berufsgenossenschaften. Prostitution auf der Straße oder in der Illegalität folgt ihren eigenen Regeln, an die sich die hier Tätigen anpassen müssen. Das Prostitutionsgesetz hat Wege eröffnet, Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen zum Thema zu machen.“⁴

Prostitution hat viele Gesichter. Die hässlichen sind die der sexualisierten Gewalt und sexuellem Missbrauch von Kindern, Behinderten, sowie von Menschen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Man wird diesen bereits seit langem strafbewehrten Tatbeständen allerdings nicht gerecht, wenn man jede Sexarbeit

als Verbrechen darstellt. Sie werden dadurch eher relativiert. Vor allem den Frauen und Männern, die in der so genannten Armutsprostitution, bzw. auf dem Straßenstrich tätig sind, wird nicht geholfen, indem Sexarbeit im Gleichklang mit Menschenhandel und Missbrauch ertönt.

Die andere Facette der Sexarbeit sind Frauen, die selbstbestimmt ihrem Gewerbe in Wohnungen, Bordellen, Hotelzimmern oder eigenen Instituten nachgehen – entweder hauptberuflich oder als Nebenverdienst. Sie fühlen sich durch eine gesetzliche Reglementierung in der Ausübung ihrer Arbeit beeinträchtigt und befürchten Repressionen durch ihr gesellschaftliches Umfeld sowie Stalker.

Die Große Koalition hat das Prostitutionsgesetz novelliert. Künftig soll es eine Kondompflicht geben. Prostituierte sollen sich registrieren lassen. Bordelle werden einer besonderen Erlaubnispflicht unterliegen.

Unwürdige Sexpraktiken sollen verboten werden. Und: Es sind medizinische Zwangsberatungen für Frauen vorgesehen.⁵ Damit, so erhoffen sich die selbsternannten Wächterinnen und Wächter von Sitte, Moral und Frauenrechten, würden der illegalen Prostitution und dem Menschenhandel der Garaus gemacht. Zwar sind sich Politik, Wissenschaft und Betroffene weitgehend einig, dass das Prostitutionsgesetz von 2002 gescheitert ist: Nur



wenige Sexarbeiterinnen sind auf Angestelltenbasis tätig und krankenversichert. Aber eine Verschärfung von Auflagen lehnen viele Sozialarbeiterinnen, Sexarbeiterinnen und auch Linke und Feministinnen ab.

Die aktuellen Vorstöße zum Verbot der Prostitution stützen und forcieren den Rassismus in der Gesellschaft. Durch die Öffnung der Grenzen innerhalb der EU ist der Anteil der Prostituierten mit Migrationshintergrund stark angestiegen, insbesondere Bulgarinnen und Rumäninnen gehen der Sexarbeit nach. Diese Frauen benötigen jedoch anstatt Repressionen Aufklärung über ihre Rechte. Allein die Sprachbarriere fördert gesundheitliche Gefahren und ökonomische Abhängigkeiten. Oft sind die Sexarbeiterinnen in scheinbar einfachsten Dingen, wie Kenntnissen über Schwangerschaftsverhütung oder Begrifflichkeiten von Körperteilen, nicht aufgeklärt.

Insgesamt ist viel zu wenig über die Akteurinnen und Akteure in der Sexarbeit, ihre Arbeitsweise und Arbeitsfelder in ihren Facetten bekannt. Nicht einmal präzise Angaben über die Anzahl von Prostituierten liegen vor. Dem wird auch dadurch nicht entgegengewirkt, dass Prostituierte sich künftig anmelden. Prostitution aus sozialer Not oder aufgrund von Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung wird aller Vermutung nach auch künftig im Dunkelfeld stattfinden.

Das Hauptproblem der Novelle des Prostitutionsgesetzes ist, dass sie die verschiedenen Formen der Prostitution nicht berücksichtigt. Und dass Frauen, die Opfer von Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung geworden sind, nur selten bereit sind, auszusagen. Die mit den Anforderungen verbundene Bürokratie kann



zudem dazu führen, dass viele sichere Arbeitsplätze in Bordellen aufgegeben werden – so geschehen 2011 in Wien. Auch die Gesundheitsgefährdung dürfte steigen: Der Zusammenhang zwischen Kriminalisierung von Prostitution und der Ansteckungsgefahr von HIV/Aids gilt als nachgewiesen. Ein Drittel bis die Hälfte aller HIV-Ansteckungen könnten vermieden werden, wenn Prostitution entkriminalisiert wäre.⁶

Sexarbeit geht auch ohne Gewalt und Verbrechen: Die der Sexarbeit anheftende und nicht zu leugnende Anlehnung an Kriminalität und Gewalt hat mit ihr an sich nichts zu tun. Denn es geht um einen Austausch von Dienstleistung gegen Geld. Aber so lange es politisch gestützte Reglementierungen gibt, wird es weiter Diskriminierungen der Menschen geben, die der Sexarbeit nachgehen.

Sexarbeit gehört entstigmatisiert und entkriminalisiert. Das Beratungssystem und die Sozialarbeit müssen besser finanziert und personell aufgestockt werden. Kontakthanbahnungsverbote und Sperrgebiete gehören abgeschafft. Gegenteilige Interessenlagen in Wohngebieten und sozialen Brennpunkten gehören an runden Tischen debattiert und dürfen nicht als Spielball der Boulevardpresse und einschlägigen Medienmagazinen überlassen werden.

- ¹ K. Artus, Meine Herren und Damen, Reden von Magda Langhans.
- ² K. H. Tjaden, Arbeiterbewegung und Prostitution, www.bdwi.de.
- ³ Emilija Mitrovic, Prostitution und Frauenhandel, VSA-Verlag.
- ⁴ www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/prostitutionsgesetz/030203.html
- ⁵ §§ 176 ff. und 232 StGB.
- ⁶ Süddeutsche 5. Februar 2015.



Kersten Artus

Journalistin, ehemalige Bürgerschafts-abgeordnete der LINKen in Hamburg. Fachthemen: Frauen, Gewerkschaften, Gesundheit. Landessprecherin AG betrieb & gewerkschaft Hamburg sowie Mitglied im SL-BundessprecherInnenrat. Website: kerstenartus.de

Die Redaktion ist sich dessen bewusst, dass die Debatte um Prostitution / Sexarbeit kontrovers, vielschichtig und komplex ist und in der deutschen Linken sehr leidenschaftlich geführt wird. Der hier veröffentlichte Text bildet eine von mehreren Positionen ab.



„Ich kann **mein Team** doch
Warum es **uns** so schwer

Die Schwierigkeit, der Arbeit Grenzen zu setzen scheint bloß ein Problem der einzelnen Beschäftigten zu sein. In Wirklichkeit werden aber vom Management Bedingungen geschaffen, die es den Beschäftigten enorm erschweren, ihre Arbeitszeiten einzuhalten. Aber wie schafft die Unternehmensleitung das? Früher standen die Arbeitgeber und ihr Management zwischen den Be-

nahmen. Eine wesentliche Maßnahme ist, im Unternehmen zwischen den Abteilungen, Teams, Standorten, Schichten etc. Konkurrenz zu erzeugen – denn Konkurrenz belebt das Geschäft! Im Management-Jargon wird das „Coopetition“ genannt, eine Zusammensetzung von „Cooperation“ (Zusammenarbeit) und „Competition“ (Wettbewerb). Die Unternehmensleitung organisiert die Zusammenarbeit also als Konkurrenz. Ein bekanntes Beispiel sind Mediamarkt und Saturn, die sich bis auf das Messer bekämpfen – immer für dieselbe Tasche: den Metro-Konzern. Eine weitere wichtige Maßnahme ist



ICH & WIR

KAPITAL

nicht hängen lassen...!" fällt, **unserer Arbeit** Grenzen zu setzen

die Entwicklung von Kennzahlen, die den Beschäftigten ständig verdeutlichen, wie sie unternehmerisch aufgestellt sind und entsprechend Druck erzeugen, sich kontinuierlich zu verbessern. Um sicherzustellen, dass die Beschäftigten auch ihre unternehmerischen Ziele erreichen wollen, führen die Unternehmen Prämiensysteme ein – am besten für die Teamleistung, damit die Teammitglieder gegenseitig kontrollieren, ob auch jede/r zum Unternehmenserfolg beiträgt. Restrukturierungsmaßnahmen sorgen bei den Beschäftigten für Verunsicherung. Damit bezweckt man, dass sie sich immer wieder fragen, was sie eigentlich tun müssen, um die Gewinne zu steigern. Knappe Budgets und geringe Personaldecken führen dazu, dass alle versuchen, alles zu geben. Denn aus der Arbeits- und Organisationspsychologie weiß man: Teams arbeiten dann am produktivsten und effektivsten, wenn die Aufgabe immer etwas größer ist als die Kräfte der Gruppe – wenn sich nur alle gegenseitig dabei unterstützen, es dennoch zu schaffen (Landy/Conte 2004, 495). Solche Maßnahmen funktionieren in der Produktion genauso wie bei Dienstleistungen.

Man weiß also: Was die Beschäftigten wollen, hängt von den Bedingungen ab, unter denen sie diese Entscheidung treffen. Die Beschäftigten kommen durch die „Indirekte Steuerung“ in eine Doppelrolle: Sie sind abhängig Beschäftigte und nehmen zugleich gemeinsam Unternehmerfunktionen wahr (Peters 2001, 18ff). Sie müssen gleichzeitig beide Rollen wahrnehmen, sind aber zwischen ihnen hin- und hergerissen: ‚Wir‘ gemeinsam als Team, als Business-Unit, als Profitcenter haben die Unternehmerfunktion, aber ‚ich‘, ‚du‘, ‚er‘, ‚sie‘ – dieselben ‚wir‘, aber als Einzelne – müssen umsetzen, was „wir gemeinsam“ beschlossen haben. Diese „Ich-Wir-Struktur“ (Siemens/Frenzel 2014, 80ff)

bleibt den Teammitgliedern unbewusst und treibt sie dazu an, länger zu arbeiten als tariflich erforderlich. Schließlich möchte man das Team nicht hängen lassen, denn umgekehrt fordert auch jeder von den anderen den erforderlichen Beitrag zum Teamerfolg ein. Bei der Arbeitszeit kommt noch ein besonderes Problem hinzu: Der Unterschied nämlich zwischen den Zeitplänen, die man vorher (ideell) macht und der Arbeitszeit, die man dann wirklich (materiell) benötigt. Ein Team versucht z.B. einen Auftrag zu bekommen – der Liefertermin ist dabei entscheidend. Um in der Konkurrenz mit anderen Anbietern zu bestehen, machen die Mitglieder straffe Terminzusagen, die nur unter optimalen Bedingungen eingehalten werden können. Sie sind – wie alle unternehmerischen Vorgaben – bloß theoretische Pläne und erweisen sich in der Praxis meist als unrealistisch. Die Teammitglieder wissen das unterschwellig, und planen

ihre Freizeit und die der Kolleginnen und Kollegen mit ein. Und sie setzen das mit dem Druck der Gruppe – frei nach dem Motto „Das Wir entscheidet“ – gegeneinander durch. So werden Gruppenprozesse in den Teams von der Unternehmensleitung genutzt, um die Arbeitszeiten über die tariflich vereinbarten Zeiten hinaus zu verlängern.

**ICH
ICH ICH**

KAPITAL

Viele zusätzliche Anforderungen in ihrer Arbeit erscheinen den Beschäftigten als zufällig. Es ist nicht immer leicht, zu sehen, dass sie durch Management-Maßnahmen entstanden sind. Denn meistens sind es Anforderungen, die z.B. von Kollegen, Kunden oder Lieferanten an die Beschäftigten gestellt werden. Ein Beispiel ist die zu dünne Personaldecke, die immer wieder dazu führt, dass sich Kolleginnen und Kollegen darum bitten, füreinander einzuspringen. Besser ist es, da mitzuma-

chen, weil man vielleicht selbst einmal vertreten werden muss. Oder: Das Unternehmen spart sich die Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und setzt darauf, dass die erfahrenen Kolleginnen und Kollegen dies nebenbei mit übernehmen, weil sie die „Neuen“ nicht hängen lassen wollen. Oder: Kundenanfragen gehen direkt an die Beschäftigten, statt zentral bearbeitet zu werden. An Beispielen mangelt es nicht. Geschickte Führungskräfte wissen den Beschäftigten auf diese Weise erheblich mehr Arbeitszeit zu entlocken, als vertraglich vereinbart – Arbeitszeit, die oft weder erfasst noch vergütet wird. Häufig wird es gar nicht bewusst, dass es sich um Arbeitszeit handelt: Wenn ein Kollege oder eine Kollegin z.B. abends, am Wochenende oder sogar im Urlaub noch „kurz“ eine dringende Frage per Email beantwortet.

Gegen Produktivität ist wie gesagt eigentlich nichts einzuwenden, handelt es sich doch um den Ausdruck der produktiven Kraft der Beschäftigten (Siemens/Frenzel 2014, 131ff). Aber bisher zeigt sie sich vor allem im wachsenden Profit der Unternehmen und richtet sich gegen die Beschäftigten. Denn über-lange Arbeitszeiten und der hohe, vor allem psychische Druck, der durch die „Ich-Wir-Struktur“ in den Teams entsteht, machen die Kolleginnen und Kollegen zunehmend krank. Auch das Privatleben und die Freizeit leiden oft darunter. Zu den alten Formen der Arbeitsorganisation zurückzukehren aber ist weder wünschenswert noch möglich. Vielmehr ist es notwendig, aus der produktiven Kraft der Beschäftigten eine neue – betriebliche und gesellschaftliche – Stärke zu gewinnen. Die Kolleginnen und Kollegen organisieren ihre Arbeit mehr und mehr selber und müssen sich auch ständig in der Arbeit mit dem gesellschaftlichen Sinn ihrer Tätigkeit auseinandersetzen. Wenn sie mit dem Markt konfrontiert sind und unternehmerisch darauf zu reagieren haben, bedeutet das nichts anderes, als dass sie sich mit dem Zusammenhang ihrer Arbeit mit allen anderen Tätigkeiten auseinandersetzen müssen. Das Kriterium, mit dem der Sinn von Tätigkeiten in kapitalistischen Unternehmen gemessen wird, ist der Profit. Dieses Kriterium beschränkt aber letztlich die produktive Kraft der Beschäftigten und sorgt für den enormen Druck bei der Arbeit, weil man schließlich immer mehr Profit machen könnte. Es stellt sich zunehmend heraus, dass Profit und Produktivität nicht dasselbe sind – und mit diesem Widerspruch haben es die Beschäftigten in ihrer Arbeit zu tun: Wenn sie gut arbeiten und dabei krank werden; wenn sie Produkte herstellen müssen, die nur kurze Zeit halten oder funktionieren; wenn sie Patienten nicht mehr richtig versorgen können und dabei hohe Gewinne erzielen. Solche Beispiele lassen sich beliebig viele finden.

Damit die Beschäftigten aus ihrer Produktivität eine neue Stärke gewinnen können, ist es notwendig, die Mechanismen der indirekten Steuerung bewusst zu machen. Es ist ein Lernprozess notwendig, um die eigenen produktiven Kräfte anzueignen und aus dieser Stärke Forderungen zu entwickeln. Wenn die Unternehmen den Beschäftigten die Unternehmerfunktion überlassen, müssen diese lernen damit umzugehen. Und die Unternehmen sind mehr und mehr auf diese Fähigkeit der Beschäftigten angewiesen. Wenn die Kolleginnen und Kollegen sich bewusst mit der Unternehmerfunktion auseinandersetzen, können sie immer weniger mit den Mitteln der indirekten Steuerung unter Druck gesetzt werden. Vielmehr können sie selber gemeinsam Forderungen stellen. Die notwendigen Lernprozesse kann nicht jeder Einzelne machen, sondern nur die Beschäftigten gemeinsam und (gewerkschaftlich) organisiert. Letztlich lässt

sich durch die Auseinandersetzung mit den Schranken der unternehmerischen Freiheit wirkliche Freiheit der Beschäftigten gewinnen, um gemeinsam und solidarisch die gesellschaftliche Arbeit zu organisieren. Die produktive Kraft der Beschäftigten kann – wenn sie von den Linken bewusst gemacht wird – Fundament einer rot-rot-grünen gesellschaftlichen Bewegung sein.

Literatur

Frank J. Landy, Jeffrey M. Conte (2004): Work in the 21st Century. An Introduction to Industrial and Organizational Psychology. Boston: Blackwell.

Klaus Peters (2001): Die neue Autonomie in der Arbeit. In: Ders., W. Gleißmann: Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen. Hamburg: VSA. S. 18-40.

Stephan Siemens, Martina Frenzel (2014): Das unternehmerische Wir. Formen der indirekten Steuerung in Unternehmen. Hamburg: VSA.



Eva Bockenheimer, Daniel Göcht, Stephan Siemens

Initiative „Meine Zeit ist mein Leben“
(www.meine-zeit-ist-mein-leben.de).

Befristung und Leiharbeit stoppen

Viele, vor allem junge Menschen hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.

Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst

Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.

Mitmachen: www.das-muss-drin-sein.de

Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV

Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.

Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit

Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.

Wohnung und Energie bezahlbar machen

Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin sein.



Interview Frauen* kampftag



r+r: Du gehörst zum Organisationsteam des Frauen*kampftags. Wie entstand diese Initiative?

Betina Gutperl: Vor zwei Jahren haben sich Genoss_innen aus links-jugend [solid] und die Die Linke. SDS aus Unzufriedenheit über das Fehlen eines kämpferischen und auf Veränderung drängenden Feminismus zusammengesetzt. Und nicht zuletzt waren wir auch unzufrieden mit der Situation in unseren Jugendorganisationen der LINKEN. Es stand die Frage im Raum, warum der 8. März nicht so politisch wahrgenommen wird wie der 1. Mai. Wie selbstverständlich mobilisieren wir zum Tag der Arbeit und gehen mit unseren Forderungen auf die Straße. Doch zum Internationalen Frauentag gibt es höchstens Blumen. Deshalb wollten wir den 8. März (re)politisieren. Gründe sich auf die Straße zu begeben gibt es mit einer erstarkenden Rechten in Parlamenten wie in Bewegung, die die Selbstbestimmung von uns Frauen einschränken wollen, genug. Durch die Krise werden soziale Sicherungssysteme zurückgefahren und vormals öffentliche Aufgaben zurück ins Private und damit vor allen an Frauen gegeben. Deswegen haben wir beschlossen, ein Bündnis zu initiieren, um aktive und noch nicht aktive Frauen zusammen zu bringen und unsere Anliegen und Forderungen gemeinsam in die Öffentlichkeit zu tragen.

In welchem Zustand befindet sich deiner Einschätzung nach die Frauenbewegung momentan?

Ich sehe in Deutschland keine homogene Frauenbewegung. Vielmehr bestehen feministische Initiativen und Bündnisse nebeneinander, auch wenn es natürlich an einigen Stellen schon Zusammenarbeit gibt. Neben dem Frauen*kampftag gibt es das Bündnis für Sexuelle Selbstbestim-

mung, welches sich den christlich-fundamentalistischen Anti-Abtreibungsmärschen in den Weg stellt und sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch einsetzt. Auch in vielen anderen Ländern Europas gibt es Angriffe auf dieses Recht. Aber es konnten sich Gegenbewegungen formieren, die die bestehenden Rechte verteidigen. Dann gibt es das Care-Revolution-Netzwerk, das darauf aufmerksam macht, dass es immer noch überwiegend Frauen sind, die die schlecht entlohnte oder unbezahlte Sorgearbeit leisten und nach gesellschaftlichen Alternativen suchen. Und in letzter Zeit sehen wir Streiks in Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, wie bei den Hebammen und den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Sie kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen und die Anerkennung ihrer Arbeit. Doch insgesamt müssten wesentlich mehr Frauen kollektiv in der Öffentlichkeit Druck aufbauen, um eine Frauenbewegung zu formieren.

Welche Forderungen sind aus Deiner Sicht aktuelle feministische Forderungen? Wie bewertest du in diesem Zusammenhang die „Familienpolitik“ von Ministerin Manuela Schwesig?

Ich halte nicht viel von der Familien- oder Frauenpolitik à la Schwesig, die sich damit zufrieden gibt, dass es angeblich in den Führungsetagen eine Verschiebung der Macht, des Einflusses und auch des Geldes zu Gunsten der Frauen geben wird, wie sie in einem Spiegel-Interview meinte. Uns als Frauen*kampftag-

Bündnis geht es um mehr als eine 30%-Quote in Aufsichtsräten. Da Frauen häufiger teilzeitbeschäftigt sind und zudem im Kapitalismus doppelt ausgebeutet werden – im Lohnarbeitsverhältnis und zu Hause, treten wir für eine Umverteilung und Neubewertung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern ebenso wie zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen ein. Wir unterstützen den Kampf für radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Eine weiteres Anliegen ist die gegenseitige Solidarität mit Frauen auf der Flucht, im Asyl und im Widerstand gegen Krieg. Wir wenden uns gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung. Sexualisierte Gewalt, sowie rassistische, homofeindliche Gewalt im täglichen Leben greifen wir an. Darüber hinaus streiten wir für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wenden uns gegen Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität als Norm. Diese Normen müssen hinterfragt und durch emanzipatorische Bildung ersetzt werden.

Clara Zetkin hat sich als Sozialistin in der Tradition der marxistischen Arbeiterbewegung stark auf die proletarische Frauenbewegung in Abgrenzung zur bürgerlichen Frauenbewegung bezogen. Macht diese Trennung heute noch Sinn?

Meines Erachtens gibt es derzeit wenig Frauenbewegung in Deutschland, weder von bürgerlicher, noch von proletarischer Seite – ohne hier dafür blind sein zu wollen, dass es sehr viele feministische Initiativen





und Gruppen gibt. Zu beobachten ist dagegen leider häufiger ein Feminismus von oben, der in den Staatsapparaten erdacht und durchgesetzt wird, aber nicht von der Mehrzahl der Frauen gefordert oder gar erkämpft wird. Daher versuchen wir mit dem Frauen*kampftag-Bündnis eine langfristige, sichtbare Bewegung von unten aufzubauen. Wir als Jugendstrukturen der Partei tragen auch die soziale Dimension der Geschlechterfrage in das Bündnis.



Bettina Gutperl

ist Studentin der Politikwissenschaft in Marburg und schreibt ihre Bachelor-Arbeit zum Thema „Geschlechteraspekte gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik“. Sie ist im Bundesvorstand des Studierendenverbands Die Linke.SDS, im Koordinierungskreis des Frauen*kampftag-Bündnis und AStA-Referentin für Soziales und Wohnen.

Kann es im Feminismus einen Klassenstandpunkt geben? Haben Frauen gleiche Interessen, „nur“ weil sie Frauen sind?

Ich denke, dass es im Feminismus auf jeden Fall einen Klassenstandpunkt gibt. Besonders deutlich wird dies an den sogenannten Global Care Chains (deutsch: globale Betreuungsketten). Wohlhabende Frauen aus dem Westen sind oft erst dazu in der Lage, ihrem gut bezahlten Job nachzugehen, wenn ärmere, meist migrantische Frauen ihre Hausarbeit übernehmen und sie sich zudem teure Kitas oder private Kinderbetreuung leisten können. Schlecht bezahlte und wenig anerkannte Arbeit wird somit nicht zwischen den Geschlechtern umverteilt oder durch öffentliche Einrichtungen übernommen, sondern geht zu Lasten ärmerer Frauen, häufig aus Osteuropa oder dem globalen Süden.

Du bist ja Studentin und im SDS aktiv. Wie wirkt sich die Unterdrückung von Frauen an der Hochschule aus?

Frauen machen häufiger ein Abi und beginnen ein Studium, doch nach dem Studienabschluss wendet sich das Blatt. Lediglich 20% der Professuren sind von Frauen besetzt. Je höher die Qualifikationsstufe, desto

weniger Frauen gibt es an Hochschulen, sie stoßen irgendwann an die „Gläserne Decke“. Die „Gläserne Decke“ hat nicht nur Auswirkungen darauf, wer forscht, sondern auch, was geforscht wird. So reproduziert Wissenschaft häufig ungleiche Geschlechterverhältnisse. Die Anzahl befristeter Einstellungen von wissenschaftlichem Personal steigt und in allen Statusgruppen sind Frauen häufiger befristet beschäftigt als Männer. Wenn zu Job und Studium noch ein Kind hinzukommt, ist studieren kaum möglich, ganz zu schweigen von wissenschaftlichem Vorwärtkommen. Die Vereinbarkeit von Studium, Familie und Beruf wird an der Uni auch den Frauen überlassen, so sind Studentinnen überproportional mehr davon betroffen als ihre männlichen Kommilitonen.

Wie kommen wir dahin, dass Frauenunterdrückung der Vergangenheit angehört?

Da möchte ich gerne Clara Zetkin zitieren: „Sein Ziel [das des Internationalen Frauentages] ist Frauenrecht als Menschenrecht, als Recht der Persönlichkeit, losgelöst von jedem sozialen Besitztitel. [...] Wir müssen Sorge tragen, daß der Frauentag nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus, eine leidenschaftliche Kampfansage an alle reaktionären Maßnahmen der besitzenden und ihrer willfährigen Dienerschaft, der Regierung ist.“

Interview: Sophie Dieckmann

Organisiert euch



Die Aufwertung einer gesamten Branche steht im Zentrum der Auseinandersetzung in der aktuellen Tarifrunde der Sozial- und Erziehungsberufe und löst eine längst überfällige Debatte um Anerkennung von bisher weiblich geprägter Dienstleistungsarbeit aus. Diese wird unterbewertet, mies bezahlt und nicht selten in Teilzeit atypisch organisiert. Das ergab auch die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE an die Bundesregierung. Im Sozial- und Erziehungsbereich arbeiten über eine Million Menschen, mehrheitlich Frauen. Mehr als die Hälfte arbeitet in Teilzeit. Fast drei Viertel leiden unter übermäßigem beruflichen Stress und berichten von Arbeit an der Grenze der Leistungsfähigkeit.

Die Kernforderungen der Beschäftigten sind bessere Bezahlung, höhere Eingruppierung und zeitgemäße Tätigkeitsmerkmale. Die Forderung der Höhergruppierung in der Tarifrunde ist immens wichtig. Etwa 100.000 Beschäftigte sind im unteren Lohnbereich tätig, fast die Hälfte musste letztes Jahr aufstockende Leistungen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro in Anspruch nehmen. Ein Drittel der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsbereich ist heute bereits über 50 Jahre alt. Die Branche ist händeringend auf Nachwuchs angewiesen.

Skandalös sind hingegen die Ausgangsbedingungen für den Nachwuchs: Von den unter 25-Jährigen wird fast jeder ausschließlich befristet eingestellt und bei den Neueingestellten werden noch immer drei Viertel mit

einem befristeten Arbeitsvertrag abgespeist. Viele Beschäftigte müssen einem Zweitjob auf 450-Euro-Basis nachgehen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, da es nicht einfach ist, von einem normalen Erziehergehalt, geschweige denn von einem anteiligen Teilzeitgehalt, zu leben. Fachkräftemangel herrscht in Unternehmen mit verantwortungslosen Arbeitgebern. Diese sollten endlich aufhören, zu jammern. Arbeitgeber, die betrieblich ausbilden, ihrem Personal gute Tariflöhne zahlen, junge Fachkräfte unbefristet übernehmen und ihren Beschäftigten eine Perspektive bieten, haben eher selten Schwierigkeiten, geeigneten Nachwuchs zu finden.

Organisiert euch

Dass ein Beruf allein aufgrund seines gesellschaftlichen Werts eine höhere Vergütung verdient, greift zu kurz. Die Erwartung von uns als Gesellschaft und die Anforderungen an die Beschäftigten sind in den Sozial- und Erziehungsberufen ununterbrochen gestiegen. Sie stehen in keinem Verhältnis zur Realität der Lohnanerkennung und den belastenden Arbeitsbedingungen in diesem Bereich. Selbstverständlich muss mit einer steigenden Wertschätzung auch ein steigendes Gehalt einherge-

Mehr Lohn Aufwertung





solidarisiert euch

hen, denn die Beschäftigten verdienen die gleiche finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung wie z.B. Facharbeiter aus dem Bereich der Industrie.

In der Metall- und Elektroindustrie gilt die 3,5-jährige Ausbildung für Fachkräfte als Maßstab für den Ecklohn. Wenn für die Sozial- und Erziehungsberufe eine drei-, vier- oder fünfjährige Ausbildung notwendig ist, dann ist die Qualifikation der Beschäftigten der geeignete Gradmesser. Die Löhne sind im Metallbereich aber auch nicht vom Himmel gefallen. Im Gegenteil, sie wurden sehr hart erkämpft. Die Beschäftigten haben sich flä-

Ihre Streiks tun den Arbeitgebern ökonomisch nicht weh. Es steht keine Produktion still. Jeder Streiktag spart Lohnkosten. Gezielt wird der Arbeitsethos der Beschäftigten ausgenutzt, wer lässt schon ein Kind oder einen Kranken zurück? Von den Auswirkungen der Streiks betroffen sind dagegen Kunden, Patienten oder Kinder. Diese richten ihre Wut und eigene Hilflosigkeit auf die Streikenden und ihre Gewerkschaften. Die neoliberale Dauerbeschallung durch Wirtschaft und Politik hat unsere Gesellschaft nachhaltig entsolidarisiert. Arbeitgeber können sich grinsend zurücklehnen und weiter systematisch Tariffucht begehen.

hn und mehr Wertschätzung g der Sozial- und Erziehungsberufe jetzt

33

chendeckend in ihrer Gewerkschaft organisiert, um den Druck auf ihren Arbeitgeber zu erhöhen. Der Kampf um die Wertschätzung der Arbeit war ein Kampf, die Unterschiede von Arbeitern und Angestellten zu beenden. Auch in diesem Bereich müssen die Löhne bis heute immer wieder aufs Neue verteidigt werden.

Solidarisiert euch

Sei es im Sozial- und Erziehungsbereich, im Einzelhandel oder in der Pflege: Vermehrt finden Arbeitskämpfe in Branchen statt, in denen die Mehrheit der Beschäftigten weiblich und der gewerkschaftliche Organisationsgrad überschaubar ist. Leiharbeit, Werkvertragsarbeit, gezwungene Teilzeit, Dauerbefristungen, miese Entlohnung und zunehmender Stress zeichnen diese Jobs oft aus.

Die Streiks im Sozial- und Erziehungsbereich betreffen uns und gehen uns als Gesellschaft etwas an. Ich begrüße die Tarifrunde und die dazugehörigen Arbeitskampfmaßnahmen. Die kommunalen Arbeitgeber haben in den monatelangen Verhandlungen auf stur geschaltet und sich komplett verweigert. Wenn Verhandlungen scheitern, kann es zu Streiks kommen. Dann sollten wir uns mit den Streikenden solidarisieren. Im Sozial- und Erziehungsbereich kämpfen die Beschäftigten selbstbewusst für mehr Geld und für die Anerkennung ihres Berufsstands. Diese Aufwertung liegt in meinem Interesse. Deswegen unterstütze ich die Beschäftigten, denn ihr Streik geht auch mich etwas an.



Jutta Krellmann

ist gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung. Sie hat 2004 aktiv die WASG und später DIE LINKE in Niedersachsen aufgebaut. Seit 1985 arbeitet sie als Gewerkschaftssekretärin der IG Metall.

amazon + arbeits

Inter view



r+r: Christian, Ihr streikt seit zwei Jahren für einen Tarifvertrag, bessere Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Entfristungen. Bisher reagiert die Amazon-Geschäftsführung nicht einmal mit Gesprächen. Werdet ihr langsam streikmüde?

Christian Krähling: Kein bisschen. Dass Amazon nicht mit uns reden will, liegt am Kräfteverhältnis. Sobald wir stark genug sind, wird die Geschäftsleitung mit uns sprechen müssen. Denn von Erfolglosigkeit kann keine Rede sein. Nach jedem Streik musste Amazon Zugeständnisse machen, zum Beispiel in Form von Lohnerhöhungen. Zudem nimmt die Zahl organisierter Streikender zu. Mittlerweile befinden sich sieben von neun Werken regelmäßig im Streik, und die anderen beiden stehen auch kurz davor. Und das nur in Deutschland! In Frankreich wurde auch schon gestreikt, unsere Kontakte reichen mittlerweile bis in die USA, dem Gründungsland von Amazon. Die transnationale Organisation braucht ihre Zeit, aber sie geht stetig voran.

Du hast eine Online-Petition gestartet mit mittlerweile über 40.000 Unterschriften. Der Amazon-Streik war in allen großen Zeitungen und Magazinen. Deine Kollegen und Du, habt Ihr euch verändert während des Streiks?

Auf jeden Fall. Die Kollegen sind selbstbewusster geworden, wir haben viel dazu gelernt in der Zeit. Wir mussten Vorträge halten, viel organisieren, unsere Rechte kennenlernen, auch den Umgang mit der Presse mussten wir üben, man lernt enorm viele Menschen aus dem politischen Umfeld kennen, die einen unterstützen – all das verändert und prägt einen enorm. Ich habe mich noch nie mit Arbeitskollegen so gut verstanden wie jetzt. Früher bin ich vereinzelt durch das Werk gelaufen und hatte keine Ahnung, dass die anderen die gleichen Probleme hatten wie ich. Heute ist der Zusammenhalt innerhalb des Kollegiums extrem gestärkt – wir sind wie eine Familie geworden.

Du und einige andere haben bei Blockupy gestreikt, ihr wart auf den Blockaden und habt bei der Demo gesprochen. Der Schulterschluss zwischen Arbeitskämpfen und radikaler Linker ist ja etwas ungewöhnlich. Wie kam es dazu?

Schade, dass es so ungewöhnlich ist! Viele meiner Kollegen sagen, dass es ein politisches Problem ist, dass immer noch so wenige für ihre Rechte streiken. Es würden viel mehr streiken, wenn die Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, nicht so groß wäre. Diese Situation wurde doch politisch geschaffen! Deswegen sagen viele, dass sich auch politisch etwas ändern muss. Daraufhin haben wir angefangen, uns politisch zu vernetzen mit an-

Es würden viel mehr streiken, wenn die Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, nicht so groß wäre. Diese Situation wurde doch politisch geschaffen!

kampf = amazoFF

Früher bin ich vereinzelt durch das Werk gelaufen und hatte keine Ahnung, dass die anderen die gleichen Probleme hatten wie ich.

deren Gruppen und Initiativen, von denen wir etwas lernen können. Bei unserem Streik im Weihnachtsgeschäft wurden wir unter anderem aktiv von Blockupy-Aktivist*innen unterstützt. Jetzt kommen wir zu Blockupy. Von den etablierten Parteien ist meist nur Shake-Hands zu erwarten. Das reicht aber nicht. Wir brauchen breiten gesellschaftlichen Widerstand, der Druck von unten erzeugt. Sonst sieht es hier bald so aus wie in Griechenland.

Du hast mit anderen zusammen das Netzwerk Streiksoli gegründet, eine Initiative, die verschiedene Aktionen vernetzt. Was erhoffst du dir davon?

Moment, das Netzwerk habe ich nicht gegründet – das war plötzlich einfach da. Anfangs wussten wir nicht viel damit anzufangen, dass plötzlich Studierende und andere aus ganz Deutschland kamen und uns einfach so bei unserem Streik unterstützen wollten. Später haben sich persönliche Beziehungen entwickelt, Freundschaften entstanden und wir haben festgestellt, dass

uns die Vernetzung viel bringen kann. Ein breites Bündnis ist wichtig, denn Studenten arbeiten auch irgendwann und meine Kinder werden auch studieren. Dazu kommt das theoretische Knowhow und das politische Bewusstsein von Studis, was notwendig ist, um Aktionen und Gruppen voranzutreiben.

Was wünschst du dir von der LINKEN konkret an Unterstützung?

Die LINKE hat uns schon bei vielen Aktionen unterstützt: bei fast jedem Streik waren Leute von der LINKEN oder vom SDS dabei, Oskar Lafontaine, Gregor Gysi, Bodo Ramelow und andere haben gesprochen, Dieter Dehm hat schon gesungen, in den Parlamenten wurden Anfragen gestellt. Bitte weiter so! Nur eins noch: bitte schickt uns endlich Sahara Wagenknecht vorbei! Wir warten schon so lange auf sie!

Wir legen ein gutes Wort für euch ein. Danke für das Interview!

Interview: Sophie Dieckmann

Christian Krähling

ist Vertrauensleute-Sprecher bei Amazon Bad Hersfeld, wo er seit 2009 als escalation specialist an der Schnittstelle zwischen Kundenservice und Lager arbeitet.

Aus der Online-Petition:

„Lieber Jeff Bezos (Firmengründer, USA),
liebe Amazon Geschäftsleitung in Deutschland!

Fair heißt heißt Tarifbindung! Respektiert uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sichert endlich die Arbeits- und Einkommensbedingungen verbindlich über einen Tarifvertrag ab! Akzeptiert das in Deutschland herrschende System der Mitbestimmung! Nur so kann Amazon in Deutschland weiterhin Erfolg haben!“

www.change.org/p/jeff-bezos-behandeln-sie-die-amazon-mitarbeiterinnen-fair



Sozialistische Linke

Die gewerkschaftlich orientierte Strömung

Erklärung der UNTERSTÜTZUNG der Sozialistischen Linken

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja ☐ nein ☐ Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name, Vorname		Straße, PLZ und Ort	
Landesverband, Kreis-/Bezirksverband			
ggf. Parteifunktionen			
aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen			
Telefonnummern		E-Mail	
Geburtsdatum		Ort, Datum	
		Unterschrift	

Bitte abtrennen und schicken an: DIE LINKE - Sozialistische Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin